

Tadeusz Olszański

**Die Ukraine und Rußland: Von der
Desintegration zur Reintegration?**

März 2002

Diese Studie ist im Rahmen des von der VolkswagenStiftung geförderten Forschungsprojektes „Brüssel oder Moskau“ am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) entstanden und zuerst als dessen Arbeitspapier 43/2002 erschienen.

Die »Untersuchungen des FKKS« werden herausgegeben vom
Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

ISSN 0947-1359

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS)
Universität Mannheim
Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: +49 621 181-2088
Fax: +49 621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de/fkks

Inhalt

Vorwort: Die Ukraine im europäischen Ordnungssystem	3
1 Die Ukraine und Rußland: Rahmenbedingungen der bilateralen Beziehungen	8
1.1 Der historische Hintergrund.....	8
1.2 Ukrainisierung und Russischsprachigkeit.....	9
1.3 Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum ukrainisch-rußländischen Verhältnis.....	10
1.4 Okzidentalismus versus Euroasiatismus	11
2 Die ukrainisch-rußländischen Beziehungen in den Jahren 1991-1996.....	13
2.1 Der schwierige Anfang	13
2.2 Der Zerfall des gemeinsamen Wirtschaftsraums	15
3 Der ukrainisch-rußländische Grundlagenvertrag.....	16
4 Die Stagnation der ukrainisch-rußländischen Wirtschaftsbeziehungen Mitte der neunziger Jahre	17
4.1 Vertraglicher Neuanfang bei fortschreitender Desintegration.....	17
4.2 Erdgas als politischer Faktor.....	19
5 Der Faktor Rußland im ukrainischen Wahlkampf.....	20
5.1 Die außen- und integrationspolitischen Vorstellungen der ukrainischen Parteien vor den Parlamentswahlen 1998	20
5.2 Die rußländische Haltung zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1998-1999	22
6 Das Jahr 2000: Anfang vom Ende der ukrainischen Westorientierung?.....	24
6.1 Skandale und Enttäuschungen: Die innenpolitische Entwicklung und das veränderte Verhältnis zum Westen.....	24
6.2 Die langsame Umorientierung der politischen Elite.....	25
6.3 Die Veränderungen in der Moskauer Politik	30
6.4 Neue Bedingungen für die ukrainisch-rußländischen Wirtschaftsbeziehungen.....	31
6.5 Erdgas und die militärisch-technische Zusammenarbeit	32
7 Die neue Doktrin der ukrainischen Außenpolitik	33
8 Resumé: Via Moskau nach Brüssel.....	35

März 2002

Tadeusz Olszański ist Mitarbeiter des Ośrodek Studiów Wschodnich (Zentrum für Oststudien) in Warschau. Das Manuskript wurde im Mai 2001 abgeschlossen.

Redaktion: Volker Weichsel
Übersetzung: Markus Bieniek
Layout: Florian Strasser

Vorwort: Die Ukraine im europäischen Ordnungssystem

Die Ukraine ist einer der wichtigsten Staaten der europäischen Sicherheitspolitik. Ähnlich wie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg sind in dem jungen Staat Ukraine, der bis auf ein kurzes Intermezzo nach der Revolution des Jahres 1917 auf keine neuzeitliche Staatlichkeit zurückblicken kann, sozialsystemare Grundentscheidungen eng mit der Frage der integrationspolitischen Ausrichtung und überdies sogar mit dem Erhalt des Gesamtstaates verbunden. Solche im Rahmen von Staatsbildungsprozessen entstehenden Konflikte haben ein hohes Gewaltpotential, zumal wenn sie wie in der Ukraine zusätzlich mit der Nationsbildung verbunden sind.

Eine entscheidende Rolle kommt in diesem Zusammenhang der Rußländischen Föderation zu, die in ihren gegenwärtigen Grenzen ebenfalls ein neuartiges Gebilde darstellt, ihre historische Kontinuität aber aus Staatsgebilden herleitet, die zu unterschiedlichen Zeiten Teile bzw. sogar das ganze Territorium der heutigen Ukraine umfaßten. Zudem versteht sich ein knappes Fünftel der ukrainischen Staatsbürger als ethnische Russen, mehrheitlich wohnen diese Menschen im an Rußland grenzenden Ostteil der Ukraine. Rußland erklärte Anfang der neunziger Jahre nicht nur in einem symbolisch höchst aufgeladenen Konflikt die seit einer Schenkung Chruschtschew 1954 zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim zu einem Teil Rußlands und das Gebiet der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zu einem „nahen Ausland“, in dem Rußland besondere politische Einspruchsrechte zukommen würden. Rußland machte sich zudem zum Fürsprecher der sogenannten Auslandsrussen.¹ Hinzu kommt schließlich, daß die Ukraine im Rahmen der gesamtsovjetschen Arbeitsteilung wirtschaftlich eng mit Rußland verflochten war und die ökonomische Überlebensfähigkeit des Staates bis heute nicht gesichert ist.

Während die erste Hälfte der neunziger Jahre noch durch existentielle politische Fragen der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine geprägt war, gerieten im Laufe der folgenden Jahre immer häufiger ökonomische Fragen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Obwohl auch diese angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Situation der Ukraine und des konstitutiven rußländischen ökonomischen Übergewichts, das sich insbesondere in der Abhängigkeit der Ukraine von rußländischen Energieträgern äußert, von erheblicher Relevanz für die Existenz der Ukraine sind, läßt sich dies als wesentliche Konfliktentschärfung begreifen. Bei aller internationalen Unterstützung insbesondere seitens der USA für die Unabhängigkeit der Ukraine kommt hierbei dem langsamen Umdenkungsprozeß in Rußland eine nicht geringzuschätzende Bedeutung zu. Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich dort zumindest vorläufig eine auf politischer Ebene breit verankerte pragmatische Akzeptanz der heutigen Grenzen herausgebildet, was sich in der Ratifizierung des Grundlagenvertrags Ende 1998 durch die damals kommunistisch dominierte Staatsduma und die nach langen Verzögerungen voranschreitenden Grenzdemarkation äußerte.

Gleichzeitig bedeutet die Verschiebung des Schwerpunkts der ukrainisch-rußländischen Beziehungen von originär sicherheitspolitischen auf primär ökonomische Aspekte, daß nach einer von rhetorisch vorgetragenen territorialen Ansprüchen Rußlands bei gleichzeitiger faktischer politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Desintegration bestimmten Phase die substantielle Verflechtung der beiden Ökonomien wie der Gesellschaften wieder zunimmt. Dies läßt sich zwar als eine Wiederannäherung der Ukraine an Rußland interpretieren,

¹ Bzw. instrumentalisierte diese zu außenpolitischen Zwecken. Zur Einschätzung der rußländischen Politik gegenüber den sogenannten Auslandsrussen vgl. als allgemeinen Überblick: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert: Russians as the New Minority: Ethnicity and Nationalism in the Soviet Successor States, Boulder 1996.

entscheidend aber ist, daß nicht die Schwäche, sondern gerade die Festigung der ukrainischen Staatlichkeit Voraussetzung für Ansätze einer neuen wirtschaftlicher Integration war, die allerdings bislang nicht zur Schaffung supranationaler politischer Institutionen geführt hat.

Mit der Ökonomisierung der ukrainisch-rußländischen Beziehungen ging aber auch ein Bedeutungsverlust der jeweiligen nationalen Außenpolitik einher. Beide Staaten sind in einer Weise von der Einbindung in die europäischen und globalen Finanz- und Gütermärkte abhängig und haben auf diesen eine derart schwache Position inne, daß viele der für die bilateralen Beziehungen relevanten Entscheidungen in Brüssel, Washington, Genf und anderswo getroffen werden. Dies gilt insbesondere für die internationale Kreditvergabe wie für die Rohstoffmärkte, auf deren Schwankungen auch die rohstoffarme Ukraine aufgrund der Abhängigkeit vom Rohstoffexporteur Rußland unmittelbar reagiert.

Zentral für die Zukunft der Ukraine wie der ukrainisch-rußländischen Beziehungen sind somit vor allem die europäischen und euroatlantischen Integrations- und Kooperationsgemeinschaften EU und NATO. Diese sahen sich nach dem Umbruch in Osteuropa 1989 mit der Aufgabe konfrontiert, eine insbesondere nach dem gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens als sozioökonomisch wie sicherheitspolitisch heikel wahrgenommene Region an ihren Grenzen zu stabilisieren, um eine Destabilisierung des eigenen Gebietes zu verhindern.² Angesichts ihrer ideellen wie ökonomischen Ausstrahlungskraft wurde eine Erweiterung und die mit einem Beitrittsesuch einhergehende Verpflichtung auf Anerkennung der existierenden Grenzen, Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte sowie auf ökonomische Reformen schnell als das probate Mittel erkannt. Schon die für eine tatsächlich stabilitätsfördernde Erweiterung notwendig werdenden Reformen in NATO und EU brachten und bringen aber insbesondere die EU aufgrund ihres spezifischen institutionellen Arrangements – vor allem in der kostspieligen gemeinsamen Agrarpolitik - an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit wie ihres inneren Zusammenhalts. Frühzeitig zeichnete sich dann die schließlich auf Gipfeltreffen in Madrid bzw. Luxemburg 1997 beschlossene Teilerweiterung der NATO um zunächst drei, der EU um zehn postkommunistische Staaten als Lösung ab. Die Ukraine bleibt somit mittel- bis langfristig außen vor.

Es lassen sich somit aufgrund geographischer, technischer, infrastruktureller sowie historisch gewachsener institutioneller Faktoren in der Ukraine selbst wie im europäischen und internationalen Umfeld Handlungsrestriktionen und Pfadabhängigkeiten identifizieren, die zur Erklärung der integrationspolitischen Ausrichtung der Ukraine dienen. Da sich jedoch bei Berücksichtigung dieser Determinanten ein widersprüchliches Bild zeigt, gibt es auch Handlungsspielraum für die politischen Akteure, den es besonders auszuleuchten gilt. Es geht dabei um Formen der kooperativen Anbindung der Ukraine wie auch der anderen vom Erweiterungsprozeß von NATO und EU ausgeschlossenen Staaten, die die Gefahr einer Entstehung neuen scharfen Grenze zwischen blockartig integrierten „Zivilisationskreisen“ mindern.

Hierbei gerät das Augenmerk auf die regionale grenzüberschreitende Kooperation, die Exklusionsmechanismen insbesondere des Schengen-Regimes verhindern, auf die Anbindungsmechanismen der NATO wie der EU – die Partnerschaft für den Frieden, die 1997 mit der Ukraine und Rußland unterzeichneten Grundakte der NATO, die 1997 (Rußland) und 1998 (Ukraine) in Kraft getretenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU – sowie auf paneuropäische Organisationen wie den Europarat und die OSZE. Diese Organisationen sind Ausdruck offener Wandlungsprozesse im europäischen

² Vgl. hierzu Vobruba, Georg: Die Erweiterungskrise der Europäischen Union. Grenzen der Dialektik von Integration und Expansion, in: Leviathan 4/2000, S. 477-496.

Ordnungssystem, in denen gerade die Überlappung von Institutionen und die Arbeitsteilung zwischen ihnen die Zukunft der Staaten an der Peripherie entscheidend mitbestimmen.

Dies zeigt sich in aller Deutlichkeit nicht nur an der Ukraine und ihrem Verhältnis zu Rußland, sondern ebenso auch an der Rolle, die Rußland selbst in Europa einnimmt und an den Rückwirkungen auf das ukrainisch-rußländische und ukrainisch-westeuropäische Verhältnis. So versuchte im Kontext weltweit zu beobachtender Regionalisierungstendenzen, die als Reaktion der Nationalstaaten auf einen Globalisierungsdruck verstanden werden können³, das ebenfalls von der Osterweiterung von NATO und EU ausgeschlossene und sich selbst nur bedingt als Teil des politischen Europas verstehende Rußland zeitweise, sich als eigenes Integrationszentrum im Osten Europas zu etablieren. Dies ließ die Gefahr einer Integrationskonkurrenz zwischen den in Brüssel angesiedelten euroatlantischen Integrations- und Kooperationsgemeinschaften und euroasiatischen Gegenorganisationen mit Sitz in Moskau wachsen. Die Ukraine hätte sich damit in einem nur schwer aufrechtzuerhaltenden Zwischenlage wiedergefunden, was angesichts der beschriebenen Divergenzen zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen die innerstaatlichen Spannung erhöht hätte. In jüngster Zeit allerdings zeichnet sich ab, daß Rußland zwar durchaus noch versucht, ein regionales osteuropäisches und euroasiatisches Integrationszentrum zu bleiben, dieses Streben aber nicht mehr im Sinne und mit dem Ziel einer konfrontativen Gegenmachtbildung gegen EU und NATO versteht, sondern diese Strategie eher als Mittel zur Annäherung und Einbindung vor allem in die EU begreift.⁴ Einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung dieses gesamt-europäischen Ansatzes lieferten dabei die erwähnten Kooperationsformen neben und unterhalb der Mitgliedschaft in EU und NATO. Für die Ukraine bedeutet dies umgekehrt wieder, daß sich ein Spielraum auftut für eine Annäherung an Rußland ohne damit zwingend aus der westeuropäischen Integration ausgeschlossen zu werden.

Aufgrund dieser über das bilaterale Verhältnis hinausreichenden Zusammenhänge spielt schließlich *Polen* als Nachbarstaat, NATO-Mitglied und EU-Anwärter eine wichtige Rolle für die Ukraine. Die vorliegende Studie von Tadeusz Olszański, Mitarbeiter des Zentrums für Oststudien (Ośrodek Studiów Wschodnich) in Warschau, ist in diesem Kontext zu lesen und sagt ebensoviel über den polnischen außenpolitischen Diskurs aus wie über die ukrainisch-rußländischen Beziehungen.

Der Westen der Ukraine gehörte lange Zeit zu Staatsgebilden, von denen der heutige polnische Staat seine historische Kontinuität herleitet. Die rasche Anerkennung der von den Alliierten 1945 gezogenen polnischen Ostgrenze durch das demokratische Polen nach 1989 war eine der wesentlichen Stabilitätsfaktoren im östlichen Europa. Polen verzichtete damit nicht nur auf eine zusätzliche Schwächung der durch gelegentlich geäußerte rußländische Ansprüche ohnehin destabilisierten Ukraine. Warschau wurde zudem aufgrund sicherheitspolitischer Befürchtungen angesichts einer seit 1993 zunehmenden sowjetrestaurativen Rhetorik in Rußland einer der wichtigsten Fürsprecher des unabhängigen ukrainischen Staates auf euroatlantischer und europäischer Bühne. Dies äußerte sich vor allem in der Unterstützung einer engen Anbindung der Ukraine an die NATO, was Polen angesichts einer starken transatlantischen Strömung in der polnischen Außenpolitik und kompatibler Interessen mit den USA, die insbesondere Anfang der neunziger Jahre ebenfalls in der Existenz der Ukraine eine willkommene Beschneidung rußländischen Einflusses erblickten, um so leichter fiel.

³ Vgl. hierzu Kohler-Koch, Beate/ Knodt, Michèle: Konzepte der politischen Steuerung in einer globalisierten Welt, in: Steger, Ulrich (Hg.): Facetten der Globalisierung. Ökonomische, soziale und politische Aspekte, Berlin/Heidelberg 1999, S. 235-256.

⁴ Vgl. dazu die mittelfristige Strategie der Beziehungen zur EU: Strategija razvitija otnošenij Rossijskoj Federacii s Evropejskim Sojuzom na srednesročnuju perspektivu (2000-2010), in: Diplomatičeskij Vestnik, 11/1999, S. 20-28.

Viel schwieriger gestaltet sich die Unterstützung der Ukraine gegenüber der Europäischen Union. Das von Brüssel geforderte Visaregime an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der EU bedroht u.a. den für die regionale Wirtschaft bedeutsamen grenzüberschreitenden Kleinhandel in Ostpolen. Angesichts der massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Ukraine aber auch insbesondere aufgrund der immer deutlicher werdenden Probleme Polens bei der Vorbereitung auf den Beitritt zur Europäischen Union – mittlerweile scheint nur noch die politische Bedeutung Polens das Land vor einem Ausschluß aus der ersten und möglicherweise mittelfristig letzten Kandidatengruppe zu verhindern – werden die Ambitionen auf eine eigene gestaltenden Rolle Polens in der europäischen Außenpolitik⁵, die sich insbesondere in der Unterstützung der Ukraine äußerte, schwächer.

Hinzu kommt die wenn auch äußerst brüchige, aber doch Freiraum für zukunftssträchtige Reformen verschaffende ökonomische Erholung der Rußländischen Föderation, der rußländische Verzicht auf eine expansive Rhetorik infolge einer entspannteren innenpolitischen Situation, die damit verbundene Intensivierung der Rußlandpolitik der EU insbesondere im Energiebereich, sowie die internationale Aufwertung Rußlands infolge der verschobenen Prioritätensetzung der amerikanischen Außenpolitik nach den Terroranschlägen vom 11. September. All dies hat zu einer deutlichen Verbesserung des polnisch-rußländischen Verhältnisses geführt, die mit dem Besuch des rußländischen Präsidenten Vladimir Putin in Warschau im Januar 2002 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat.

Entscheidend aber ist, daß mit der Festigung der ukrainischen Staatlichkeit sowie mit der Mitgliedschaft Polens in der NATO die primären sicherheitspolitischen Anliegen Polens in Erfüllung gegangen ist, so daß es in Warschau mittlerweile für möglich gehalten wird, sich auf den Abschluß der Westintegration durch den Beitritt zur Europäischen Union zu konzentrieren sowie mit dem im Vergleich zur Ukraine ökonomisch viel attraktiveren Rußland zu kooperieren, ohne daß damit der sicherheitspolitische status quo gefährdet würde. In aller Deutlichkeit zeigt sich dies an der wachsenden polnischen Zustimmung zu dem geplanten Bau einer Erdgaspipeline, die die beiden nach Westeuropa führenden Pipelinesysteme Jamal I und Progress zwischen Polen und der Slowakei verbinden soll, so daß die rußländisches Erdgas unter Umgehung der Ukraine auf den westeuropäischen Markt gelangen kann.⁶

In der vorliegenden Studie sind sämtliche ukrainischen und russischen Namen aus Gründen der Genauigkeit in der wissenschaftlichen Transliteration wiedergegeben. Ein č entspricht dabei phonetisch einem *tsch*, ein š ist als stimmloses, ein ž als stimmhaftes *sch* zu lesen, ein c schließlich als *z* und ein z als stimmhaftes *s*.

Volker Weichsel

⁵ Dies ist neben der viel schwächer ausgeprägten historischen Tradition wie der deutlich geringeren ökonomischen Verflechtung mit der Ukraine einer der wichtigsten Unterschiede zu der Tschechischen Republik., die ganz im Gegenteil zu Polen keine relevante Ukrainepolitik betrieb und betreibt, obwohl die sicherheitspolitische Konstellation und die starke transatlantische Strömung in der Außenpolitik Ähnlichkeiten vermuten lassen. Das ideengeschichtlich tradierte nationale Selbstverständnis der Tschechischen Republik ist stark durch die Vorstellung des „Kleinseins“ geprägt. Tschechische Außenpolitik neigt aus diesem Grunde immer zur Allianz-, Anpassungs- und Nischenpolitik, so daß eine offene Stellungnahme gegen einzelne Politiken der Europäischen Union, die den ohnehin gegenwärtig äußerst schwach ausgeprägten tschechischen Eigeninteressen an einer Offenhaltung des europäischen Integrationsprozesses nach Osten zuwiderlaufen, nicht zu erwarten ist. Vgl. dazu Weichsel, Volker: Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, Münster 2000.

⁶ Vgl. dazu: Lang, Kai-Olaf: Ein neues polnisch-russisches Verhältnis? - Putins Polenbesuch im Januar 2002, SWP-Aktuell 1/02, Januar 2002.

1 Die Ukraine und Rußland: Rahmenbedingungen der bilateralen Beziehungen

Die Beziehungen zu Rußland sind die zentrale Frage der ukrainischen Außenpolitik. Jede außenpolitische Option der Ukraine ist vor allem eine Option gegenüber der Rußländischen Föderation. Dies resultiert vor allem aus der geographischen und geopolitischen Lage der Ukraine, aus dem Erbe der jahrhundertelangen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindung zwischen den beiden Ländern sowie aus der unvermeidlichen Überlegenheit Rußlands gegenüber der Ukraine. Ein weiterer wichtiger Faktor für die herausragende Bedeutung Rußlands für die Ukraine ist in der Politik der westeuropäischen Staaten zu sehen, die in Rußland ihren Hauptpartner im Osten Europas sehen. Die Ukraine hingegen ist und wird von der EU in erheblichem Maße in Abhängigkeit vom Stand der ukrainischen Beziehungen zu Rußland bewertet. Je besser diese Beziehungen sich gestalten, desto besser wird die Ukraine in Berlin, London und vor allem in Paris wahrgenommen.

Etwas anders gestalten sich die Interessen der Vereinigten Staaten, die an einer von Rußland unabhängigen ukrainischen Sicherheitspolitik interessiert sind. Auf der anderen Seite bestehen nach zehn Jahren der Existenz einer unabhängigen Ukraine keine Zweifel mehr, daß dieses Land in absehbarer Zukunft keine Chance auf einen Beitritt zu NATO und EU hat. So nehmen auch die Amerikaner die Ukraine zunehmend im Kontext ihrer Beziehungen zu Rußland wahr.

1.1 Der historische Hintergrund

Die ersten Staatsbildungsprozesse auf dem Territorium der heutigen Ukraine datieren aus dem späten 10. Jahrhundert. Von dem „Kiever Union“ (bzw. in Rußland Kiever Rus') genannten politischen Gebilde leiten heute drei Nationen ihre Staatlichkeit ab: die Russen, die Ukrainer und die Belarussen. Allerdings verlor die Kiever Union in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts ihre politische Unabhängigkeit und wurde zu einem peripheren Gebiet im Herrschaftsbereich der mongolisch-tatarischen Goldenen Horde. Im 17. und 18. Jahrhundert eroberte der russische Staat von Moskau aus den größten Teil dieses Gebiets und erweiterte später durch Eroberung und Kolonisierung des Chanats Krim das ukrainische ethnische Gebiet um das Territorium der heutigen Ost- und Südukraine. Entgegen dem in der Ukraine weitverbreiteten nationalistischen Klischee hatte die rußländische Herrschaft in der Ukraine keinen nationalistischen Charakter: die ukrainischen Gebiete waren Teil des russischen Imperiums und waren in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht eng mit den ethnisch russischen Gebieten verflochten. Die russischen Bauern nahmen beispielsweise an der Kolonisierung der Schwarzmeersteppe teil, die ukrainischen hingegen beteiligten sich - und das in großem Maße - an der Kolonisierung des Nordkavkasus sowie Sibiriens.

Eine ukrainische Nationalbewegung entwickelte sich nur sehr mühsam und gegen den Widerstand des rußländischen Staates. Ihre Forderungen gingen auch lange Zeit nicht über eine Autonomie innerhalb des Rußländischen Reiches hinaus. Erst als diese im Zuge der Revolutionswirren des Jahres 1917 mit der Errichtung der Ukrainischen Volksrepublik erreicht worden war, sogleich aber durch den Angriff der Roten Armee auf Kiev wieder in Frage gestellt wurde, kamen Forderungen nach einem unabhängigen ukrainischen Staat auf. Nicht zuletzt aufgrund der schwachen gesellschaftlichen Verankerung des ukrainischen Nationalbewußtseins ging aus den Bürgerkriegswirren der Jahre 1918-1920 kein ukrainischer Nationalstaat sondern die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik hervor. Der Kampf der ukrainischen Sozialisten um die Unabhängigkeit wurde aber zu einem der wichtigsten Gründe

dafür, daß der sowjetische Staat zumindest formal eine föderale Gestalt erhielt und die Ukraine zu einem Gebiet mit einem eigenen administrativen Zentrum wurde. Siebzig Jahre später hatte die vom Zentralismus der Kommunistischen Partei vollkommen überlagerte föderale Struktur der Sowjetunion im Moment der Krise des sowjetischen Staates eine enorm wichtige Bedeutung für den Zerfall der Sowjetunion.

Die westlichen Gebiete der heutigen Ukraine (Ostgalizien und die Transkarpaten) wurden ihr erst infolge des Zweiten Weltkriegs einverleibt. Diese Gebiete sind zwar teilweise orthodox geprägt, hatten aber niemals dem Rußländischen Reich angehört. Als Provinzen der Habsburgermonarchie hatten sie - wenn auch in geringerem Ausmaße – teil an der westlichen Modernisierungsdynamik des 19. Jahrhunderts. Dies brachte die Entstehung eines auf dem ethnischen Prinzip basierenden Nationalbewußtseins sowie einer nationalen Bewegung mit sich, die sich im 20. Jahrhundert zweimal zum bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit erhob.

Der Anschluß dieser Gebiete an die Ukraine führte zu einer Binnenmigration, in deren Folge zahlreiche Ukrainer aus dem westlichen Teil des Landes ins Zentrum, nach Osten oder in den Süden - vor allem in die großen Städte - übersiedelten und dadurch ein „westliches“ Modell der ukrainischen nationalen Identität verbreiteten. Gleichwohl schwächten fünfzig Jahre russisch-sowjetischer Herrschaft in diesen Gebieten das ukrainische nationale Bewußtsein und ließen es zugleich in der Gestalt aus den 30er Jahren erstarren.¹

1.2 Ukrainisierung und Russischsprachigkeit

Eine der zentralen Fragen der Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine ist seit der Entstehung einer ukrainischen Nationalbewegung Anfang des 19. Jahrhunderts die der Sprache.² Während im Ostteil des Landes, wo sich die Menschen überwiegend als ethnische Russen verstehen, Russisch die dominante Sprache ist, wird in der Westukraine nahezu ausschließlich ukrainisch gesprochen. Die Bewohner der mittleren Ukraine einschließlich der Hauptstadt Kiev sind in der Regel zweisprachig. Auch in diesen Gebieten spricht aber ein beträchtlicher Teil der Bewohner im Alltag russisch.

Die Sprachenfrage gehört zwar nicht im engeren Sinn zu der Problematik der ukrainisch-rußländischen Beziehungen. Dennoch ist sie für diese Beziehungen sehr bedeutsam. Dies nicht nur deshalb, weil die Situation der ca. 11,5 Millionen ethnischen Russen in der Ukraine generell für Rußland zu einem wichtigen Aspekt der Außenpolitik deklariert wurde. Ebenso wichtig ist, daß Teile der rußländischen Öffentlichkeit alle Russischsprachigen für Russen hält und die Sorge um die Bewahrung der Reichweite und des Status der russischen Sprache auch außerhalb der Grenzen der Föderation als die Pflicht des rußländischen Staaten erachten. Daher führt jede Veränderung des kommunikativen Status der beiden Sprachen bei einer vermuteten Verschlechterung der jeweils eigenen Sprachsituation nicht nur in der Ukraine

¹ Genaue Angaben lassen sich leider nicht machen, da keine Daten über das Zugehörigkeitsgefühl der Bewohner der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik zu der Ukraine bzw. zur Sowjetunion vorhanden sind.

² Erst die ukrainische Nationalbewegung betrachtete das in den südwestlichen Gebieten des Rußländischen Reiches gesprochene Idiom als eigene Sprache und nicht mehr als kleinrussischen Dialekt. Gerade die Nähe der beiden ostslawischen Sprachen macht eine Abgrenzung von Dialekt und Sprache aufgrund linguistischer Kriterien nicht möglich. Da aber die Sprache ein, wenn nicht das wesentliche Kriterium der - ethnischen - ukrainischen Nation ist, gehört die Sprache zu dem politischen Ausgleichslösungen nur schwer zugänglichen Bereich der Identität und wird mithin von zahlreichen Akteuren in der Ukraine als Faktor von Sicherheitspolitik aufgefaßt. Vgl. dazu: Stewart, Susan: Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine, Untersuchungen des FKKS 24/2000. – die Redaktion.

sondern auch in einem Teil der rußländischen Medien sowie bei einer Reihe von Politikern zu heftigen Reaktionen.

Die Auseinandersetzung um die Unterscheidung der beiden Sprachen, ihren Status und ihre kommunikative Reichweite, stand seit dem Zerfall der Sowjetunion – die das Ukrainische in den Zwanziger Jahren erheblich aufgewertet hatte und in den folgenden Jahrzehnten wieder einzuschränken versuchte – politisch unter dem Vorzeichen einer „Re-Ukrainisierung“. Umfragen, die vom Soziologischen Institut der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1992 und 2000 durchgeführt wurden, weisen allerdings darauf hin, daß der Bilingualismus in den letzten Jahren zugunsten der russischen Sprache abnahm. So sprachen zu Hause im Jahr 1992 37% der ukrainischen Bevölkerung ausschließlich ukrainisch, 29% ausschließlich russisch und 32% ukrainisch oder russisch. Im Jahre 2000 sprachen zu Hause 39% der Bevölkerung ausschließlich ukrainisch, 36% ausschließlich russisch und nur noch 25% russisch oder ukrainisch. Dies gilt auch für die Generation, die ihre Ausbildung schon in der ukrainischen Sprache absolvierte.³ Zudem hat die „öffentliche“ Russischsprachigkeit ein wesentlich größeres Ausmaß als die „private“. Die meisten Sprachwissenschaftler vertreten die Ansicht, daß die Mehrheit der Einwohner der Ukraine in der Öffentlichkeit hauptsächlich oder ausschließlich Russisch spricht. Viele Parlamentarier und andere Politiker halten ihre Reden in Russisch. Russisch ist auch die Amtssprache in den lokalen Verwaltungseinheiten im Osten und im Süden des Landes.

Vor allem aber sind die meisten Produkte der Massenkultur in der Ukraine ausschließlich russischsprachig. Dies hat eine weitaus größere Bedeutung als die Ukrainisierung der Schulen, der Ämter und der seriösen Presse. Es gibt keine Boulevardzeitungen, kaum Unterhaltungsliteratur und wenig Popmusik in ukrainischer Sprache. Auch die Fernsehsendungen, die die größten Zuschauerquoten erreichen, sind ohne ukrainische Übersetzung ausgestrahlte Programme der rußländischen Sender. Damit sind auch die Ukrainophonen auf die russische Sprache angewiesen und werden „unfreiwillig“ russifiziert. Dies führt mittlerweile dazu, daß auf den Straßen von L'viv die russische Sprache weitaus öfter als noch vor zehn Jahren zu hören ist.

Die Mehrheit der Einwohner der Ukraine akzeptiert den sprachlichen und kulturellen Einfluß des Russischen und Rußlands. Auf die Frage, ob eine Einschränkung des Wirkungskreises der russischen Kultur erforderlich sei, antworteten 1999 56% der Befragten mit „nein“ und lediglich 24% mit „ja“. Der Vergleich mit anderen Ländern macht es noch deutlicher. Für die Einschränkung der Verbreitung der amerikanischen Kultur in der Ukraine waren 57% der Befragten.⁴ Auf die Frage, mit den Einwohnern welchen Landes die Ukrainer die meisten Gemeinsamkeiten hätten, gaben die Befragten zu 81% die Russen, zu 67% die Belarussen und zu 25% die Polen an.⁵ Ähnlich hielten 67% der Befragten die slawische Kultur für die attraktivste, nur 17% die westeuropäische und 14% die amerikanische Kultur.⁶

1.3 Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum ukrainisch-rußländischen Verhältnis

Nach zehn Jahren ukrainischer Unabhängigkeit läßt sich unter der Bevölkerung der Ukraine unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit eine weitgehende Übereinstimmung darüber feststellen, daß die Ukraine ihre Zukunft in der staatlichen Souveränität zu suchen habe.

³ Kievskie Vedomosti 14.11.2000.

⁴ Den' 9.12.1999. Die Zahlen beruhen auf Umfragen, die von vom Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften durchgeführt wurden und in der ukrainischen Tageszeitung Den' veröffentlicht wurden.

⁵ Den' 14.5.1999. Mehrfachnennungen waren zulässig.

⁶ Den' 26.12.1997.

Allerdings sind es im Bezug auf die Gesamtbevölkerung betrachtet nicht in erster Linie nationale Motive, die hinter diesem Konsens stehen. Eine viel größere Bedeutung scheint der Gewöhnung an den ukrainischen Staat als vollendete Tatsache und die generelle Abneigung gegenüber einer radikalen Veränderung des Status quo zuzukommen.

In Anbetracht dieser Haltung ist es nicht verwunderlich, daß die Mehrheit der Ukrainer sich gegen einen radikalen Bruch mit Rußland ausspricht. So waren nur 19% der Befragten im Jahr 1996 und gar nur 9% im Jahr 2001 dafür, daß die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland den normalen Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten in Osteuropa ähneln sollten. Zwar gab es für die Vereinigung beider Staaten keine Mehrheit (25% im Jahre 1996 und 32% im Jahre 2001). Für freundschaftliche Beziehungen zweier unabhängiger Staaten, die an ihrer Grenze keine Zölle erheben und keine Visumpflicht einführen, sprach sich hingegen eine eindeutige Mehrheit der Befragten aus (55% und 56%).⁷

Noch im Jahr 1997, also vor der deutlichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Jahr 2000, hielten 34% der Befragten die ukrainisch-rußländischen Beziehungen für normal, 30% für spannungsgeladen und nur 6% für feindlich.⁸ Anfang 2000 wurde Rußland von 57% der Befragten als das Land genannt, mit dem die Ukraine die besten Beziehungen unterhält (34% nannten Polen, 28% die USA, 23% Belarus).⁹

Diese und ähnliche Umfragen bestätigen die Ansicht, daß die ukrainische Gesellschaft keinesfalls eine Vergrößerung der Distanz zwischen der Ukraine und Rußland begrüßen würde. Im Gegenteil, ein beachtlicher Teil der Bevölkerung würde anscheinend eher dazu tendieren, die Reintegration beider Staaten zu akzeptieren, obwohl gleichzeitig die Verbundenheit mit oder vielleicht auch die Gewöhnung an den eigenen souveränen Staat stark ist. Eine Analyse der Gründe für diesen Zustand des gesellschaftlichen Bewußtseins würde den Rahmen dieser Studie sprengen. Für unsere Zwecke bleibt die Feststellung relevant, daß auch in einem Staat, in dem sowohl die formale Demokratie als auch die Zivilgesellschaft im Vergleich etwa zu den ostmitteleuropäischen Staaten noch deutlich unterentwickelt ist, die Führungseliten es sich nicht erlauben können, eine so deutliche Haltung der eigenen Bevölkerung völlig zu ignorieren.

1.4 Okzidentalismus versus Euroasiatismus

Der von der Bevölkerung und den Eliten getragene breite Minimalkonsens über die Staatlichkeit der Ukraine als primäres politisches Gut impliziert nicht zwingend eine Übereinstimmung im Hinblick auf die Gestalt des politischen Systems der Ukraine und ihrer außenpolitischen Orientierung. Im Bereich der Außenpolitik lassen sich zwei, sich gegenseitig ausschließende Vorstellungen hinsichtlich der Identität der Ukraine unterscheiden: die okzidentale und die euroasiatische. Der Okzidentalismus ist als Elitenprojekt theoretisch viel weiter ausgearbeitet. Der Euroasiatismus erfreut sich hingegen einer weitaus größeren Popularität in der ukrainischen Gesellschaft.¹⁰

⁷ Den' 9.2.2001.

⁸ Den' 25.12.1997.

⁹ Den' 2.3.2000. Mehrfachnennungen waren zulässig.

¹⁰ Es handelt sich hier nicht um Eigenbezeichnungen der politischen Akteure sondern um analytische Idealtypen und selbstverständlich bietet kaum ein einzelner Text alle zu diesen Konzeptionen gehörigen Elemente in ihrer zugespitzten Form. Um so mehr gilt dies für die in der Gesellschaft verbreiteten Ansichten. Sie bilden jedoch den Rahmen für den ukrainischen Diskurs über die Verortung des eigenen Landes in der Welt. Im politischen Diskurs werden die Begriffe „prowestlich“ oder „proeuropäisch“ und „prorussisch“, bzw. in nationalistischen Kreisen „patriotisch“ und „unnational“ verwendet. Zudem gilt es den ukrainischen

Nach der okzidentalischen Vorstellung gehört die Ukraine zu Europa. Teilweise wird sie dabei als östlichstes Land Europas betrachtet, womit Rußland aus Europa ausgeschlossen wird. Eine andere Vorstellung sieht die Ukraine als die Mitte Europas an.¹¹ In beiden Fällen werden die ukrainische Kultur sowie ihre Traditionen als im Grunde westeuropäisch betrachtet. In den radikalsten Varianten dieser geokulturellen Denkmuster wird ein fundamentaler Widerspruch zur russischen Kultur behauptet. Rußland habe die Ukraine erobert und durch eine brutale koloniale Ausbeutung die ukrainische Kultur entwurzelt, was zu einer Umwandlung der Ukrainer in Kleinrussen geführt habe. Der einzige Weg zur Stärkung der Unabhängigkeit und der Wiedergeburt der nationalen Kultur ist nach den Vorstellungen dieser Ideologie die Eliminierung der russischen Sprache als Medium des gesellschaftlichen Lebens in der Ukraine und die Verbreitung der europäischen, das heißt de facto der westukrainischen Kultur im ganzen Land. Diese Ansicht wird von allen Intellektuellen vertreten, die mit dem ukrainischen Nationalismus verbunden sind. Die Arbeiten von Mykola Rjabčuk¹² sind das beste in der Ukraine geschriebene¹³ und zugleich auf einem hohen intellektuellen Niveau gehaltene gegenwärtige Beispiel dieser Vorstellungen.

Die euroasiatische Konzeption steht der okzidentalischen diametral entgegen. Grundlage des euroasiatischen Denkens ist die Annahme, daß Rußland ein Teil Europas sei, wenn auch ein besonderer, euroasiatischer Teil. Die Ukraine gehört diesen Vorstellungen zufolge zu Osteuropa, das hier aber als russisch-orthodoxer Kulturraum und als radikal unterschiedlich vom lateinischen Westeuropa begriffen wird. Die ukrainische Kultur sei am engsten mit der russischen und der belarussischen Kultur verbunden, sie teile mit ihnen gemeinsame Wurzeln, ihre Natur und ihre Zukunft. Als gemeinsamer „Vorfahre“ aller ostslawischen Völker fungiert dabei die „altrussische Nationalität“. Insbesondere verweisen Anhänger dieses Denkens auf die gemeinsame Überwindung des Faschismus während der „Narodnaja Vojna“.¹⁴ Auch in der heutigen Welt bleibt für die Anhänger dieser Vorstellung Rußland der engste und oft der einzige Partner der Ukraine, die nur als ein Verbündeter Rußlands den ihr angemessenen Platz in der Gemeinschaft der Völker annehmen könne. Exemplarisch für diese Weltsicht stehen die Schriften des Historikers Dimytro Tabačnyk.¹⁵

Wie aus diesen knappen und damit auch notwendigerweise sehr pointierten Ausführungen ersichtlich wird, sind beide Sichtweisen der ukrainischen Identität weit von dem in Westeuropa dominanten Zugang zu den Fragen der kulturellen Zugehörigkeit, der nationalen Identität und der Selbstverortung eines Staates entfernt. Der ukrainische Okzidentalismus mit seiner deutlichen Tendenz zum Nationalismus läßt für das heutige Verständnis von Staatsbürgerkultur und Zivilgesellschaft wenig Raum. Aus der Sicht des Euroasiatismus ist schon die Idee des Staatsbürgers äußerst verdächtig und die Gesellschaft „von Natur aus“ auf die staatliche und kirchliche Macht ausgerichtet. Allerdings sind gerade diese Vorstellungen in der ukrainischen Gesellschaft dominant. Der Teil der Elite, der Vorstellungen entwickelt, die mit den in Westeuropa vorherrschenden Konzepten einer toleranten und zivilen Gemeinschaft aller Staatsbürger kompatibel wären, ist nicht sehr groß. Sein Einfluß auf die ukrainische Politik sowie die ukrainische Gesellschaft wird in Westeuropa entschieden überbewertet.

„Euroasiatismus“ zu unterscheiden von dem in Rußland verbreiteten eurasischen Denken. Die ukrainischen „Euroasiaten“ sind in der Regel keine Anhänger der russischen Lehre vom Eurasiatium.

¹¹ Diese Vorstellung beruft sich auf ungarische Kartographen, die im 19. Jahrhundert den Mittelpunkt des Kontinents in der Ortschaft Rachov (ung. Raho) bestimmten, die heute in der Westukraine liegt.

¹² Rjabčuk, Mykola: *Dylemy ukrajins'kogo Fausta*, Kiev 2000; und *Vid Malorosij do Ukrainy*, Kiev 2000.

¹³ In Abgrenzung zu der ukrainischen Diaspora, wo dieses Denken ohnehin überwiegt.

¹⁴ „Volkskrieg“. Gemeint ist der Partisanenkrieg gegen die deutschen Truppen zwischen 1941 und 1945 – die Redaktion.

¹⁵ Vgl. beispielsweise: Tabačnyk, Dimytro: *Ukrajna. Alternatywy postupu*, Kiev 1996.

2 Die ukrainisch-rußländischen Beziehungen in den Jahren 1991-1996

2.1 Der schwierige Anfang

In der Endphase der Sowjetunion arbeiteten die Regierungen der ukrainischen und der rußländischen föderativen Sowjetrepublik gemeinsam gegen das sowjetische Zentrum. Sobald aber am 8.12.1991 mit der Unterzeichnung der Gründungsakte einer Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) der Zerfall der Sowjetunion besiegelt war, wurden die Interessenkonflikte zwischen den beiden nun unabhängigen Staaten deutlich. Hauptquelle der Auseinandersetzungen war zunächst die Tatsache, daß die beiden Staaten die Funktion wie die Gestalt der GUS unterschiedlich wahrnahmen. Für die Ukraine stellte die GUS eine Art Kommission zur Liquidierung der Sowjetunion dar. Die neue rußländische Führung unter Boris El'cin hingegen übernahm nach der Entscheidung des Machtkampfes mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow dessen Position und sah in der GUS nun ein Instrument zur Erhaltung eines möglichst hohen Kooperationsgrades zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bzw. sogar den Rahmen für eine zukünftige Reintegration. Dies äußerte sich vor allem in dem Versuch Rußlands, die gemeinsamen Streitkräfte im Rahmen der GUS zu erhalten, was auf entschiedenen Widerstand der Ukraine stieß. Zudem entstanden Konflikte um die ehemals sowjetische Militärinfrastruktur, von der sich wesentliche Teile auf dem Territorium der Ukraine befanden und die von Moskau beansprucht wurden.

Ein oft übersehener Faktor, der sowohl die Erlangung der ukrainischen Unabhängigkeit als auch die Entwicklung der souveränen Ukraine und ihre Beziehungen zu Rußland wesentlich beeinflusste, war die Aufteilung der sowjetischen Nomenklatura in republikanische „Gruppierungen“. Es war die ukrainische Nomenklatura, die sich dazu entschloß, einen eigenen Staat zu gründen. Dieser Staat ist sowohl im Sinne des internationalen Rechts als auch politisch, wirtschaftlich und kulturell Nachfolger der Ukrainischen SSR und nicht der Ukrainischen Volksrepublik aus den Jahren 1917-1920. Wäre die Sowjetunion in formalrechtlicher Hinsicht ein unitarischer Staat gewesen, wäre es wahrscheinlich 1991 nicht zur Entstehung eines unabhängigen ukrainischen Staates gekommen, sicherlich nicht auf friedliche Weise und nicht in den heutigen territorialen Grenzen.

Die Beziehungen zwischen den beiden unabhängigen Staaten gestalteten sich anfangs äußerst schwierig. In der Ukraine herrschte Euphorie über die Unabhängigkeit sowie überzogene Hoffnungen im Hinblick auf den Westen. In Rußland dagegen war die politische Elite von dem Verlust der Gebiete, die als ein Teil des historischen Rußlands angesehen wurden und in erheblichem Maße von Russen bewohnt werden, schockiert. Beide Staaten und Gesellschaften mußten sich in der neuen Situation zurechtfinden, mußten lernen, unabhängige Staaten zu sein. Dazu bedurfte es einiger Zeit. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit formulierte Moskau Drohungen, die Grenzen revidieren zu wollen¹⁶, und propagierte die These, die Teilung der Ukraine in einen westlichen und einen östlichen Teil sei unvermeidlich.¹⁷ Bis heute finden sich solche Annahmen in der rußländischen Presse.

Auf der anderen Seite zeigte Kiev in den ersten Jahren der Unabhängigkeit eine starre und in vielerlei Hinsicht unrealistische Haltung wie z. B. in der Frage des Umgangs mit dem

¹⁶ Bereits am 26.8.1991 stellte der Pressesprecher von Boris El'cin, Pavel Voščanov, fest, daß Rußland sich das Recht einer Grenzrevision vorbehalte, falls die Ukraine ein unabhängiger Staat werde. Noch 1999 sagte der Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov öffentlich, Sevastopol' gehöre zu Rußland, Segodnja, 5.2.1999.

¹⁷ Selbst ein Entwurf für die Verteidigungsdoktrin der Rußländischen Föderation aus dem Jahr 1995 hält die Teilung der Ukraine für unabwendbar, Segodnja 20.10.1995.

Vermögen der Sowjetunion oder bei der zunächst blockierten Übergabe von auf ukrainischem Territorium stationierten Atomwaffen an Rußland. Diese Haltung kam Rußland gelegen, da sie den Prozeß der Anerkennung der Ukraine als vollberechtigtes und verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft verlangsamte.

Eines der wichtigsten Anliegen der Rußländischen Föderation war die Übernahme der Schwarzmeerflotte einschließlich deren Basen, die sich nun größtenteils auf dem Territorium der Ukraine befanden. Große Bedeutung wurde vor allem zwei Stationen mit Frühwarnsystemen gegen Interkontinentalraketen zugemessen, deren Verlust ein Loch in die strategische Verteidigung der rußländischen Südwestflanke gerissen hatte. In dieser Frage konnte bald eine Einigung erzielt werden. Allerdings verweigerte die Ukraine ihren Beitritt zu dem Taškenter Abkommen über kollektive Sicherheit und die Unterzeichnung von Grenzverträgen sowie weiterer Abkommen.¹⁸ Kiev steuerte zudem konsequent gegen die Umgestaltung der GUS in eine supranationale Union. Seit 1994 verweigert die Ukraine die multilaterale Zusammenarbeit in der GUS immer deutlicher und setzt statt dessen auf bilaterale Kontakte zu Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Da diese Politik die Unterstützung einiger Mitglieder der GUS fand, konnte die Moskauer Außenpolitik ihre Interessen nicht durchsetzen¹⁹ und die GUS dümpelt bis heute vor sich hin.

Die Politik des ersten Staatspräsidenten der Ukraine, Leonid Kravčuk, war sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber Rußland vor allem eine symbolische Politik. Sie führte zwar zur Anerkennung der Ukraine als vollberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft – ein wenn auch von vielen äußeren Faktoren abhängender, so doch kaum zu unterschätzender Erfolg –, brachte aber keine Lösungen für die Probleme des Landes. Insbesondere gegenüber Rußland konnte sich Kravčuk kaum durch für beide Seiten tragbare Kompromisse profilieren. Die Einigungen, die er oder seine Minister erzielten – beispielsweise in der Frage der Schwarzmeerflotte – erschwerten nur die Lösung dieses Problems und verzögerten die Unterzeichnung eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages mit der Rußländischen Föderation um mehrere Jahre. Auch Rußland beharrte in diesen Verhandlungen auf seinen Maximalpositionen und vergab damit die Möglichkeit, einen wesentlich günstigeren Kompromiß auszuhandeln als den schließlich 1997 erzielten.²⁰

Ganz anders war die Einstellung des zweiten Staatspräsidenten, Leonid Kučma, der nicht zuletzt deshalb gewählt wurde, weil er für eine Annäherung der Ukraine an Rußland eintrat. Von Anfang an verfolgte er gegenüber Rußland eine Politik, die zugleich patriotisch und pragmatisch und insgesamt sehr wirksam war. Im Februar 1995 wurde der ukrainisch-rußländische Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit paraphiert. Die Frage der Anerkennung der Grenzen wurde jetzt ohne den zuvor von der rußländischen Seite geforderten Wortlaut „innere Grenzen der GUS“ formuliert, umstrittene Probleme wie

¹⁸ Dieses Regime wurde 1992 in Taškent aus der Taufe gehoben. Es handelt sich um ein Abkommen über kollektive Sicherheit sowie kollektive Verteidigung, in dem sowohl die gemeinsame Sicherung der Außengrenzen der Unterzeichnerstaaten, eine Kooperation in der militärischen Aufklärung und ein Erhalt der Infrastruktur der strategischen Streitkräfte der UdSSR als auch eine gemeinsame Friedenssicherung auf dem Gebiet der Unterzeichnerstaaten vereinbart wurden. Vgl. weiterführend: Zagorski, Andrej: Regionale Strukturen der Sicherheitspolitik in der GUS, Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) 9/1996; Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien Teil I. Sicherheitsstrukturen und Politik auf nationaler und regionaler Ebene, Berichte des BIOst 24/2000 – die Redaktion.

¹⁹ Ob die rußländische Politik tatsächlich in konsistenter Weise eine Multilateralisierung der Beziehungen innerhalb GUS anstrebte, ist fraglich. Zagorskij (FN 18) betont, daß Rußland bestrebt war, ein Netz bilateraler Beziehungen mit allen GUS-Staaten aufrechtzuerhalten bzw. wieder aufzubauen – die Redaktion.

²⁰ So bestand Rußland zunächst auf der Pachtung der gesamten Stadt Sevastopol' für 99 Jahre und forderte die Zulassung einer doppelten Staatsbürgerschaft in der Ukraine. Kozakiewicz, Jerzy: Rosja w polityce niepodległej Ukrainy, Warszawa 1999, S. 200.

die doppelte Staatsbürgerschaft oder die Schwarzmeerflotte hingegen aus dem Vertrag ausgeschlossen.²¹

2.2 Der Zerfall des gemeinsamen Wirtschaftsraums

Die mit den neuen Staatsgrenzen verbundene Trennung des bisher integrierten Wirtschaftsraums sorgte für erhebliche Schwierigkeiten auf beiden Seiten. Der schnelle Zusammenbruch der Planwirtschaft und das Fehlen eines effektiven institutionellen Rahmens für einen freien und fairen Wettbewerb führte zu einer Anarchisierung der Wirtschaft und einer spontanen Herausbildung von intransparenten Marktmechanismen, die bis heute nur schwer überschaubar sind. Dies betraf auch die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen. Die Krise der Wirtschaft der postsowjetischen Staaten verursachte einen massiven Rückgang der Kooperation zwischen rußländischen und ukrainischen Unternehmen.

In dieser Situation versuchte die Ukraine, die Grundlagen für eine unabhängige Volkswirtschaft zu schaffen, indem sie u.a. eine eigene Wirtschaftsgesetzgebung einführte, ohne auf die Konsequenzen für die immer noch bestehende Währungs- und Zollunion mit der Rußländischen Föderation zu achten. Gleichzeitig kamen in der Ukraine jene Teile der Nomenklatura an die Macht, die an einer mangelhaften wirtschaftlichen Steuerungsfähigkeit des Staates interessiert waren, da sie undurchsichtige Privatisierungsprozesse für ihre persönliche Bereicherung nutzten. Da die Reformen in Rußland Anfang der neunziger Jahre an Tempo gewannen, vergrößerte sich der wirtschaftliche Abstand zwischen den beiden Staaten - mit allen negativen Folgen insbesondere im Bereich der Geldpolitik für Kiev. Die Asymmetrie in den Wirtschaftsbeziehungen, vor allem die starke Abhängigkeit der Ukraine von rußländischen Energieträgern wie Gas und Erdöl, wurde schnell deutlich.

Zwar hatte auch Rußland großes Interesse an einer Kooperation im agroindustriellen Sektor, beim Erdgashandel und in der Rüstungsindustrie. Von einer existentiellen Abhängigkeit von der Kooperation mit dem Nachbarstaat wie im Falle der Ukraine, deren Staatlichkeit mit der Kooperationsbereitschaft Rußlands steht und fällt, kann jedoch keine Rede sein.²² Dies läßt sich am Beispiel des für Rußland gesamtwirtschaftlich enorm wichtigen Erdgasexports nach Westeuropa durch die Ukraine und des für die Ukraine lebensnotwendigen Erdgasimports aus Rußland demonstrieren.

Bereits 1994 wurde offensichtlich, daß die Ukraine kaum fähig ist, aus ihrer Position als unentbehrliches Bindeglied im Erdgastransit von Rußland nach Westeuropa politisches Kapital zu schlagen. Umgekehrt nutzte Rußland die ukrainische Abhängigkeit von seinen Erdgaslieferungen insbesondere in der Frage der Schwarzmeerflotte als Instrument, um politischen Druck auf die Ukraine auszuüben.²³ Allerdings war dies bis zum heutigen Tage nur bedingt wirksam. Hierfür gibt es Gründe auf rußländischer wie auf ukrainischer Seite. Zum einen reagierten viele ukrainische Unternehmen auf rußländische Einschränkungen bei den Gaslieferungen mit dem Anzapfen der Transitpipelines. Zum anderen verfolgte das rußländische Monopolunternehmen für Erdgasförderung, -transport und -handel, die Aktiengesellschaft Gazprom, ungeachtet der Tatsache, daß der rußländische Staat

²¹ Für eine detaillierte Analyse des Vertrages siehe Kozakiewicz 2000, S. 78-80. Der Text des Vertrages ist dokumentiert in: Urjadovyj Kur'er 3.6.1997.

²² Insgesamt läßt sich somit das ukrainisch-rußländische Verhältnis als asymmetrische Interdependenz bezeichnen. Vgl. dazu: Keohane, Robert/Nye, Joseph: Power and interdependence revisited, in: International Organisation, Vol. 41, 87, S. 725-753; Kohler, Beate: Interdependenz, in: Rittberger, Volker: Theorien der internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen 1990 (PVS Sonderheft 21), S. 110-129 – die Redaktion.

²³ Vgl. hierzu Kozakiewicz 2000, S. 200.

Mehrheitsaktionär an Gazprom ist, gegenüber Kiev eine eigene Politik, die nicht immer mit der staatlichen rußländischen Ukrainepolitik übereinstimmte. Somit milderte die uneinheitliche rußländische Politik gegenüber der Ukraine, die vor allem auf Interessendivergenzen zwischen einflußreichen finanzindustriellen Agglomeraten und der staatlichen Außenpolitik, zwischen diesen Konzernen selbst sowie auch innerhalb der verschiedenen staatlichen außenpolitischen Institutionen zurückzuführen ist, die politischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Ukraine von der Rußländischen Föderation.

3 Der ukrainisch-rußländische Grundlagenvertrag

Die Entstehung des grundlegenden Vertrages, der die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland seit 1997 regelt, ist in erster Linie im Kontext der Entwicklung des gesamt-europäischen Staatensystems zu sehen. Als Ende 1996 offensichtlich geworden war, daß die NATO lediglich eine Teilerweiterung um drei ostmitteleuropäische Staaten beschließen würde, startete die Ukraine eine diplomatische Offensive, um sicherzustellen, daß sich die geostrategische Situation der Ukraine nicht verschlechtern würde. Die Bemühungen Kievs wurden rasch mit dem Zustandekommen der Grundlagencharta zwischen der NATO und der Ukraine belohnt. Zudem entschloß sich Moskau am Vortag der Unterzeichnung der NATO-Rußland-Grundakte am 30.5.1997 während des offiziellen Staatsbesuches von Präsident Boris El'cin in Kiev, zusammen mit drei anderen Verträgen, die den Status der Stadt Sevastopol' regulierten, den in den vorangegangenen zwei Jahren ausgehandelten Grundlagenvertrag mit der Ukraine zu unterzeichnen. Die Einigung über den Status Sevastopol's bestätigte die bedingungslose Souveränität der Ukraine über die Stadt und den Hafen und garantierte zugleich Rußland das Recht, dort für mindestens weitere 20 Jahre einen Marinehafen zu betreiben.

Dieser Kompromiß stellte keine Seite vollkommen zufrieden, war aber für beide Länder akzeptabel. Gleichwohl kam es während der Ratifizierungsdebatte in der Verchovna Rada der Ukraine zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der rechten und der linken Parteien. Oleksandr Šandrjuk, ein Vertreter der extrem nationalistischen „Nationalen Front“ (Nacional'nyj front, NF) behauptete, daß der Grundlagenvertrag „ein absolutes Fiasko der ukrainischen Diplomatie“ sei, da die erzielte Einigung es der rußländischen Marine erlaube, die Stationierung in Sevastopol' fortzusetzen.²⁴ Šandrjuk blieb nicht der einzige, der Präsident Leonid Kučma des Landesverrats bezichtigte. Der Meinungsführer der wichtigsten rechten Partei, der „Nationalen Bewegung der Ukraine“ (Narodnyj ruch Ukrajinny, NRU), Vjačeslav Čornovil, stellte die Situation jedoch als Dilemma dar und fragte, was der „größere Verrat“ sei, „den Vertrag zu unterschreiben oder eine heikle Entwicklung der Beziehungen zu Rußland zu provozieren.“²⁵ Ein Vertreter der postkommunistischen Sozialistischen Partei (Socialistyčna partija Ukrajinny, SPU), Ivan Čyž, äußerte hingegen, daß „heute ukrainischer Patriot zu sein“ bedeute, für die Integration mit Rußland zu arbeiten.²⁶

Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags verzichtete die Rußländische Föderation auf alle Forderungen bezüglich der Krim einschließlich Sevastopol's. Dafür hat sie die Pachtrechte für Teile des Hafens und zahlreiche Gebäude in der Stadt erhalten und somit das

²⁴ Holos Ukrajinny 15.1.1998.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

erreicht, was sie eigentlich wollte – die Erhaltung einer für das gesamte Schwarze Meer strategisch wichtigen Militärbasis auf der Krim.²⁷

Das letzte ernsthafte Problem in den politischen ukrainisch-rußländischen Beziehungen ist die Demarkation der gemeinsamen Grenze. Zwischen der Ukraine und Rußland hatte es nie eine militärisch und polizeilich gesicherte Grenze gegeben, sondern lediglich eine auf der Karte willkürlich bestimmte Linie, die administrative Einheiten trennte.²⁸ Die Rußländische Föderation beabsichtigte, diese Tradition fortzusetzen und unterschied seit der Auflösung der Sowjetunion zwischen äußeren Grenzen (denjenigen der ehemaligen Sowjetunion) und inneren Grenzen (denjenigen zwischen den ehemaligen Republiken). Was letztere betraf, verweigerte sie die rechtliche Regulierung einschließlich der Demarkation. Die Ukraine hingegen lehnt diese Unterscheidung ab und bemüht sich, allen ihren Außengrenzen den gleichen rechtlichen Charakter zu verleihen.

Die rußländische Seite verweigerte mehr als sechs Jahre lang die Berufung eines Gremiums, das für die Regulierung dieses Problems verantwortlich gewesen wäre. Nachdem erst 1998 ein entsprechender Ausschuß konstituiert worden war, blockierte die rußländische Seite in der Folge durch unrealistische Vorgaben geschickt die Arbeit des Ausschusses. Obwohl die Demarkation eine Routineaufgabe ist, gab es unterschiedliche Vorstellungen, wie diese Aufgabe insbesondere bei der Regulierung der Grenze auf offener See zu lösen sei.²⁹ Erst im Jahr 2000 wurden die Arbeiten abgeschlossen. Bis heute steht allerdings die Einigung bezüglich der Seegrenze aus, was die Unterzeichnung eines Demarkationsvertrages und die Festlegung einer Demarkationslinie verhindert.

Es spricht wenig dafür, daß Rußland seine Position in der Grenzfrage revidieren wird. Die Ukraine ist hingegen im Begriff im Rahmen der außenpolitischen Umorientierung, die sich seit dem Jahr 2000 ankündigt, ihre Position aufzuweichen. So erklärte der ukrainische Außenminister, Anatolij Zlenko, im Oktober 2000, daß die Ukraine und Rußland kein Visaregime einführen und damit auch auf die Demarkation vorerst verzichten würden.³⁰

4 Die Stagnation der ukrainisch-rußländischen Wirtschaftsbeziehungen Mitte der neunziger Jahre

4.1 Vertraglicher Neuanfang bei fortschreitender Desintegration

Mit dem Verblässen der politischen Kontroversen verlagerte sich das Gewicht der ukrainisch-rußländischen Beziehungen auf wirtschaftliche Fragen. In diesem Bereich hat die Ukraine einen viel geringeren Spielraum, da sie anders als in politischen Streitfragen kaum auf die Unterstützung des Westens zählen kann. Ferner wird die Lage der Ukraine dadurch verschlechtert, daß sich aufgrund der wenn auch langsamen Reformen in Rußland und des gleichzeitigen Fehlens jeglicher Reform in der Ukraine die wirtschaftliche Distanz zwischen

²⁷ Die Ratifizierung des Vertrages durch die ukrainische Verchovna Rada erfolgte Januar 1998. Die rußländische Staatsduma hingegen ratifizierte das Abkommen erst im Dezember 1998, als ein Teil der Fraktion der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation die Blockade des Vertrages aufgegeben und sich für die Unterstützung des Abkommens entschlossen hatte. Der rußländische Föderationsrat schließlich hieß den Vertrag im Februar in zweiter Sitzung 1999 gut. Der Text des Vertrages ist abgedruckt in: Rossijskaja Gazeta, 4.3.1999 – die Redaktion.

²⁸ Die Grenzen wurden in den zwanziger Jahren von der sowjetischen Administration festgelegt, der westliche teil der belarussisch-ukrainischen Grenze in den Vierzigern.

²⁹ Ausschlaggebend für die Auseinandersetzung um die Regelung der Seegrenzen im Azovschen Meer waren große Fischvorkommen im umstrittenen Gebiet und Ölquellen unter dem Meeresboden.

³⁰ Pravda, 25.10.2000 (ukrainische online-Version, www.pravda.com.ua/?01025-5).

beiden Staaten vergrößerte. Damit verschlechtert sich auch die ukrainische Position bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland. Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Rußland gibt es für die Ukraine aber keine Alternative. Jedoch muß die Notwendigkeit einer engen wirtschaftlichen Kooperation und sogar erheblicher Zugeständnisse an Rußland für die Ukraine nicht unbedingt eine Bedrohung der Souveränität bedeuten.³¹

Nach der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit wurden Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen, deren Ergebnis ein am 27.02.1998 von den Präsidenten Kučma und El'cin unterzeichnetes Wirtschaftsabkommen war. Dieses Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit für den Zeitraum 1998-2007 ist ein Dokument, an dem sich die schwierige Lage der ukrainisch-rußländischen Wirtschaftsbeziehungen ablesen läßt. Auf der einen Seite heißt es im entscheidenden Artikel 2: „Die beiden hohen Vertragsparteien erkennen die Notwendigkeit der stufenweisen Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes an und werden günstige Bedingungen für die Verständigung über die Grundlinien der sozio-ökonomischen Veränderungen schaffen. Gemeint ist dabei ein grundlegender Strukturwandel, die Angleichung des normativ-rechtlichen Rahmens bei der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Ausland sowie in der Zoll-, Antimonopol- und Steuerpolitik, die Schaffung solider Produktionsstrukturen, eine gegenseitige Beteiligung bei der Privatisierung sowie bei Investitionsprojekten im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung.“³² Die Rede ist auch von der Notwendigkeit einer „Annäherung der Grundrichtungen der ökonomischen Reformen“ in den beiden Staaten und „der Schaffung der Grundlagen für die weitere Entwicklung der Integrationsprozesse in der Wirtschaft.“³³

Auf der anderen Seite stehen diesen weitreichenden Forderungen und Plänen keine konkreten Maßnahmen gegenüber. Während in dem Dokument von wirtschaftlichen Integrationsprozessen die Rede ist, schritt 1998 und 1999 die Desintegration weiter voran. So verschärfte die Abwertung des rußländischen Rubels infolge der Krise vom August 1998 die ohnehin massiven Handelseinbrüche der vorangegangenen Jahre. Der Anteil der Exporte nach Rußland am ukrainischen Gesamtexport fiel von 43,4% im Jahre 1995 auf 20,7% im Jahre 1999, was einem Rückgang von 58% entspricht. Das Dokument ist denn auch nur ein Rahmenabkommen, nicht mehr als ein Absichtsprotokoll, dem langjährige und schwierige zwischenstaatliche Verhandlungen, konkrete Entscheidungen, darunter zahlreiche Rechtsakte, folgen müssen. Die Lösungen für die meisten Probleme verschiebt das Abkommen in die ferne Zukunft. Bezeichnend ist dabei die Tatsache, daß die ratifizierten Dokumente erst während eines Staatsbesuchs des damaligen rußländischen Premierministers, Sergej Stepašin, im Juli 1999 offiziell übergeben wurden. Das Mitte 1999 in Kraft getretene Abkommen war zu diesem Zeitpunkt in vielerlei Hinsicht nicht mehr aktuell, da keine der bis Ende 1998 zu realisierenden Aufgaben umgesetzt wurde. Für mehrere Projekte, die die Zustimmung der beiden Regierungen benötigten, wurde gar kein Termin für eine Lösung vereinbart. Die Voraussetzung für eine Implementation des Dokuments ist allerdings ein ernsthaftes Interesse auf beiden Seiten. Im Februar 1998 ließen strukturelle Interessengegensätze lediglich die Unterzeichnung eines Abkommen für Propagandazwecke im Vorfeld der ukrainischen Parlamentswahlen als kleinsten gemeinsamen Nenner zu. Das Programm wurde dann auch

³¹ Vgl. z.B. die Einschätzung von Sharman W. Garnett: „Zwar ist eine russische Überlegenheit oder gar eine wirtschaftliche Dominanz in einigen Sektoren durchaus möglich, die ukrainische Wirtschaft ist allerdings zu groß und die russischen Probleme sind zu ernst, um in dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit eine strategische Bedrohung für die Unabhängigkeit der Ukraine zu sehen“. Garnett, Sherman W.: Ukraine. Strategic Partner or Strategic Problem. An adress to the University of Ottawa Conference on Ukraine, delivered October 30th, 2000, unveröffentlichtes Manuskript.

³² Urjadovyj Kur'er 10.3.1998.

³³ Ebd.

zunächst nicht realisiert und eine wirkliche Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland zeichnet sich erst seit dem Jahr 2000 ab.

4.2 Erdgas als politischer Faktor

Das zentrale Element der ukrainisch-rußländischen Wirtschaftsbeziehungen ist der Transit rußländischen Erdgases in den Westen und die Versorgung der Ukraine mit rußländischem Erdgas. Auf der einen Seite ist die Ukraine ohne die rußländischen Gaslieferungen nicht lebensfähig, auf der anderen Seite hängt die finanzielle Stabilität der Rußländischen Föderation in hohem Maße vom Erdgasexport ab, der beinahe gänzlich über das Territorium der Ukraine erfolgt. Zudem gehört die Ukraine zu den Hauptabnehmern rußländischen Gases und Gazprom kann auf die Erlöse aus der Ukraine nicht verzichten.

Schon mit der Auflösung der Sowjetunion hatte die Ukraine die Kontrolle über das Gaspipeline-System auf ihrem Territorium übernommen und einen wichtigen geopolitischen und ökonomischen Machtfaktor erhalten. Als die rußländische Führung sowie die Leitung des mittlerweile in die Aktiengesellschaft Gazprom umgewandelten Ministeriums für Gaswirtschaft die Konsequenzen dieses Verlusts erkannte, setzten die rußländischen Bemühungen um eine Wiedergewinnung der Transportinfrastruktur für Erdgas ein.

Gazprom setzte dabei wohl bewußt darauf, daß mit der wachsenden Verschuldung der Ukraine Kiev gezwungen sein würde, die Übernahme von Mehrheitspaketen an den Aktien ukrainischer Unternehmen nicht zuletzt im Energiesektor durch Gazprom zu erlauben. Als der ukrainische Premierminister Valerij Pustovojtenko schließlich im Februar 1998 andeutete, die Verschuldung der Ukraine mit Hilfe von Aktien und Obligationen reduzieren zu wollen, verwarf Gazprom diesen Vorschlag und forderte statt dessen, die ausstehenden Schulden in bar zurückzuerhalten.³⁴ Man kann vermuten, daß Pustovojtenko damals um die wachsenden finanziellen Schwierigkeiten von Gazprom und den daraus resultierenden Wechsel der Strategie wußte.

Ab 1998 wurde das Problem des Diebstahls von Erdgas aus den Transitleitungen auf ukrainischem Territorium zunehmend gravierender.³⁵ Moskau nutzte dies als ein Argument sowohl in den bilateralen Beziehungen als auch zur Diskreditierung der Ukraine auf internationaler Ebene. Die Führung von Gazprom hat dabei nichts unternommen, um den Diebstahl zu verhindern. Es ist anzunehmen, daß die Passivität von Gazprom darauf zurückgeht, daß von dem Diebstahl und dem anschließenden Weiterverkauf des entwendeten Gases an den Westen nicht nur die höher gestellten Führungspersonen beim ukrainischen Gasunternehmen Ukrhazprom sondern auch bei Gazprom selbst kräftig profitierten.³⁶

³⁴ Den' 26.2.1998.

³⁵ Der Erdgasimport gehört zu den am meisten kriminalisierten Wirtschaftsfeldern in der Ukraine. Aus dem damit verbundenen Mißbrauch entstanden alle oder fast alle oligarchischen Reichtümer in der Ukraine. Finanzielle Verluste mußte auch Gazprom hinnehmen. Allerdings war wohl für Gazprom die Gaslieferung trotz der immer häufiger ausbleibenden Zahlungen der ukrainischen Kontrahenten immer noch profitabel.

³⁶ Vergleiche die Aussage eines Beamten des Verwaltungsapparates des ukrainischen Staatspräsidenten in Gazeta Wyborcza 19.4.2000. Diese Aussage ist eine der wenigen schriftlichen Quellen für diese weit verbreitete und allgemein viel schärfer formulierte Ansicht.

5 Der Faktor Rußland im ukrainischen Wahlkampf

5.1 Die außen- und integrationspolitischen Vorstellungen der ukrainischen Parteien vor den Parlamentswahlen 1998

Die Parlamentswahlen in der Ukraine im März 1998 standen im Zeichen innenpolitischer Fragen. Die meisten Parteien behandelten in ihren Wahlprogrammen die Außenpolitik nur dürftig oder gar nicht. Dies gilt insbesondere für die Parteien im Zentrum des ukrainischen Parteienspektrums, bei denen es sich um oligarchische Parteien³⁷ mit einer schwer zu durchschauenden Mitte-Links-Programmatik handelt, wie z.B. die Liberale Partei der Ukraine (Liberal'na partija Ukrainy, LPU), die Partei der Grünen (Partija zelenych Ukrainy, PZU), die nur scheinbar ökologisch ist, sowie die Nationaldemokratische Partei (Narodno-demokratyčna partija, NDP). Programme spielen bei diesen Parteien allerdings eine untergeordnete Rolle, da ihre wichtigste Aufgabe darin besteht, bestimmte wirtschaftliche, oft halb-kriminelle Interessen politisch zu repräsentieren. Generell zeichneten sich die Wahlprogramme dadurch aus, daß sie sich zu der Frage der Beziehungen der Ukraine zu Rußland auf der einen Seite und den westlichen Staaten auf der anderen Seite nicht klar äußern.

Eine Ausnahme bildeten die Gruppierungen der postkommunistischen Linken und der nationalistischen Rechten. Im Programm der Kommunistischen Partei der Ukraine (Komunistyčna partija Ukrainy, KPU) heißt es: „Wir sind überzeugt, daß [...] eine neue freiwillige Gemeinschaft – eine Union gleichberechtigter Brudervölker entsteht“. Rußland wird allerdings in dem Programm nicht wörtlich erwähnt, was darauf zurückzuführen ist, daß das damalige politische Establishment Rußlands ebenso wie das der Ukraine zu den Hauptgegnern der KPU zählte.³⁸

Die in ihren Forderungen teilweise noch weiter als die KPU gehende Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (Progresywna socialistyčna partija Ukrainy, PSPU) formulierte ihr außenpolitisches Ziel folgendermaßen: „Anerkennung der Rußländischen Föderation und Belarus' als strategische Partner der Ukraine. Verurteilung der konfrontativen Politik zwischen den Brudervölkern. Aufkündigung der Partnerschaft mit der NATO.“³⁹

Ebenfalls sehr allgemein formulierte die moderate Sozialistische Partei der Ukraine (Socialistyčna partija Ukrainy, SPU) ihr Programm, das jedoch eindeutig prorussisch ist. Sie fordert „eine für den Staat günstige Außenpolitik zu betreiben, [...] die Umwandlung der Ukraine in eine Kolonie und ein Anhängsel der NATO zu verhindern. Gute wirtschaftliche und politische Nachbarschaftsbeziehungen vor allem mit der slawischen Welt, mit Rußland, Belarus und anderen Staaten sind auszubauen.“⁴⁰ Ähnliche Formulierungen finden sich auch in einigen Programmen der in der Mitte des Parteienspektrums angesiedelten Gruppierungen.

Am anderen Ende des politischen Spektrums befinden sich die Wahlprogramme der Nationalen Front (Nacional'nyj front, NF), einer Koalition des Kongresses der Ukrainischen Nationalisten (Kongres ukrajins'kich nacionalistiv, KUN) mit der Ukrainischen Republikanischen Partei (Ukrajins'ka respublikan'ska partija, URP) und der Ukrainischen

³⁷ Zum Phänomen der oligarchischen Partei siehe: Olszański, Tadeusz A.: *Ukrainski system partyjny*, Ośrodek Studiów Wschodnich, Warszawa 2000, S. 21ff.

³⁸ *Holos Ukrainy* 5.3.1998.

³⁹ *Holos Ukrainy* 20.3.1998.

⁴⁰ *Holos Ukrainy* 13.3.1998.

Konservativ-Republikanischen Partei (Ukrains'ka konservatyvno-respublikans'ka partija, UKPR).

Nach Ansicht der Nationalen Front „sollte die Ukraine eine mächtige und konsolidierende Kraft an der Grenze der drei Welten - Europa, Asien und der islamische Osten – werden.“⁴¹ Eines der wichtigsten Ziele der Nationalen Front war „die Abschaffung der ukrainischen Abhängigkeit vom Import rußländischer Energieträger mit Hilfe von alternativen Energiequellen“ sowie „die Protektion des nationalen Marktes vor ausländischer Aggression.“⁴² Das letzte Postulat ist auch gegen den Westen gerichtet. Der Kongreß, der nahezu pathologisch antirussisch orientiert ist, äußert sich zugleich sehr kritisch gegenüber dem Westen.

Die wichtigste Partei auf dem nationalen Flügel des ukrainischen Parteiengefüges, die moderat nationalistische Nationale Bewegung der Ukraine (Narodnyj Ruch Ukrainy, NRU), erwähnte in ihrem Programm Rußland überhaupt nicht. Gleichwohl hatte das von ihr formulierte außenpolitische Ziel, die Rückkehr der Ukraine nach Europa, einen antirussischen Charakter⁴³, was sich aus zahlreichen weiteren offiziellen Dokumente dieser Partei ergibt, die an ihrer kritischen, ja sogar feindlichen Haltung gegenüber Rußland keinen Zweifel lassen.

Ähnliches gilt für die rechtsliberale Partei „Reformen und Ordnung“ (Partija Reformy i porjadok, PRP), die ebenfalls in ihrem Programm Rußland mit keinem Wort erwähnte und als Hauptziel der ukrainischen Außenpolitik eine ständige Mitgliedschaft der Ukraine im Sicherheitsrat der UNO als „Repräsentant der Interessen der Staaten Ostmitteleuropas“⁴⁴ anstrebte. Dieses eher seltsame Postulat ist zugleich objektiv antirussisch, da es die Ukraine als eine Art politischer Hegemon der europäischen postsowjetischen Staaten sehen möchte.

Eine der zentristischen Gruppierungen ohne eine nennenswerte politische Bedeutung, die aber recht genau die Meinung der nicht-nationalistischen Intelligenz Kievs wiedergibt – der Block Nationalität, Ökonomie, Ordnung, NEP - plädierte in ihrem Programm für „die Stärkung der Rolle und des Einflusses der Ukraine innerhalb der GUS“ und damit für die Begrenzung der Bedeutung Rußlands in dieser Organisation.⁴⁵ Die oligarchische Partei Allukrainische Vereinigung „Hromada“ (Vseukrajins'ke obednannja „Hromada“) des ehemaligen Premierministers Pavlo Lazarenko forderte schließlich ein „Festhalten an dem Kurs der Integration mit den europäischen und globalen Strukturen, die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit den USA und freundschaftliche Beziehungen mit den GUS-Staaten, insbesondere mit Rußland.“⁴⁶

Auffallend ist die Tatsache, daß nur eine einzige politische Gruppierung es wagte, den Beitritt der Ukraine zum Taškenter Militärpakt zu fordern. Es handelte sich um das Wahlbündnis „Arbeitende Ukraine“ (Trudova Ukrainy, TU), zu dem auch der Bürgerkongreß der Ukraine (Hromadjanskyj Kongres Ukrainy, HKU), die einzige russische chauvinistische Organisation in der Ukraine, zählte.⁴⁷

⁴¹ Für die ukrainischen radikalen Nationalisten gehört Rußland nicht zu Europa.

⁴² Holos Ukrainy 25.2.1998.

⁴³ Holos Ukrainy 18.3.1998.

⁴⁴ Holos Ukrainy 13.3.1998.

⁴⁵ Holos Ukrainy 6.3.1998.

⁴⁶ Holos Ukrainy 6.3.1998.

⁴⁷ Holos Ukrainy 17.3.1998. „Trudova Ukrainy“ ließ sich später als Partei registrieren. Die Mitglieder des Bürgerkongresses verließen allerdings das Bündnis.

Die Wahlergebnisse lassen vor diesem Hintergrund das Verhältnis der ukrainischen Bürger zu dem angestrebten Charakter der ukrainisch-rußländischen Beziehungen nicht eindeutig bestimmen. Die Kommunisten erzielten allerdings ihre guten Wahlergebnisse vor allem im Osten und im Süden des Landes, wo sie in einzelnen Wahlkreisen einen Anteil von 20 bis 40 Prozent erreichten. Die rechten Parteien konnten sich hingegen im westlichen Teil des Landes behaupten, wo die Nationale Bewegung der Ukraine und die Nationale Front jeweils zwischen 17 und 30 Prozent der gültigen Stimmen erhielten.⁴⁸ Dies spiegelt eine politische Spaltung der Ukraine wider, die in Fragen des Verhältnisses zu Rußland, den Russen und der russischen Kultur tiefer als in anderen Bereichen ist: Einer positiven Haltung im Osten und Süden (in geringerem Maße im Zentrum) steht eine eindeutig ablehnende Haltung im Westen des Landes gegenüber.

Ebenso wie in den Kampagnen vor den Parlamentswahlen so spielte auch im Wahlkampf der Ende Oktober 1999 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen, in denen in der zweiten Runde Leonid Kučma als Präsident bestätigt wurde, die internationale Politik keine größere Rolle. Nur die Kandidaten der rechten Parteien verbreiteten Schreckensvisionen von einem bevorstehenden „Anschluß“ der Ukraine an die belarussisch-rußländische Union. Die linken Kandidaten propagierten hingegen einen „Verbund der slawischen Länder“. Gleichwohl zerstörte die wirtschaftliche und politische Krise in Rußland die in der Ukraine bis dahin existierende Illusion, die Reintegration mit dem Nachbarn im Nordosten könne eine Erlösung für das eigene, von Krisen erschütterte Land sein. Sogar die kommunistischen Politiker realisierten langsam, daß der Anschluß an ein krisenhaftes Rußland keine Lösung für die internen Probleme der Ukraine sein konnte. Zudem wurde zunehmend deutlicher, daß die rußländische Wirtschaft die Lösung für die mit der Desintegration des sowjetischen Wirtschaftsraumes aufgetretenen Probleme zunehmend nicht mehr in einer Reintegration dieses Raums suchte und fand, sondern sich um eine eigenständige Integration in die europäische und globale Wirtschaft bemühte.

5.2 Die rußländische Haltung zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1998-1999

So wie die rußlandpolitischen Absichten der ukrainischen Parteien und Präsidentschaftskandidaten ein Thema beider Wahlkämpfe waren und der relativierte Stellenwert dieser Thematik auf eine deutliche Stabilisierung des ukrainischen Staates verweist, so spielte auch die rußländische Haltung eine Rolle für den Ausgang der Wahlen in der Ukraine. Der Kreml und das Außenministerium verhielten sich während der Wahlen zu den beiden höchsten ukrainischen Verfassungsorganen zurückhaltend und unternahmen keinen Versuch, die Wahlkampagne zu beeinflussen. Lediglich die rußländischen Oligarchen unterstützten die Parteien, die ihre ukrainischen Partner vertraten.

Die rußländische Zurückhaltung bei den Parlamentswahlen ging nicht nur darauf zurück, daß das Parlament im ukrainischen Regierungssystem eine zweitrangige Rolle spielt, sondern auch darauf, daß es dem Kreml schwer fiel, eine relevante politische Gruppierung zu finden, deren Wahlsieg für Rußland von Vorteil gewesen wäre. Es scheint, daß Rußland sich in dieser Zeit auf die endgültige Ratifizierung des bilateralen ukrainisch-rußländischen Vertrags durch die noch amtierende Verchovna Rada konzentrierte, die schließlich fünf Tage vor den Wahlen erfolgte.

⁴⁸ Vgl. Gortat, Radzislawa: *Ukrainskie wybory. Elekcja parlamentarna '98 a partie polityczne*, Warszawa 1998, S. 156.

Gleichzeitig distanzieren sich weder der rußländische Präsident noch die Regierung, als der Moskauer Bürgermeister, Jurij Lužkov, unter anderem bei einem Auftritt vor Angehörigen der rußländischen Schwarzmeerflotte in Sevastopol' im Februar 1998 die Zugehörigkeit Sevastopol's sowie der ganzen Krim zu Rußland betonte.⁴⁹ Dies führte zu einer Situation, in der der ehemalige Premier Evhen Marčuk, der als einer der wichtigsten Befürworter einer rußländisch-ukrainischen Annäherung - allerdings nicht einer Reintegration der Ukraine und Rußlands – gelten kann, auf einer Wahlversammlung Rußland die volle Verantwortung dafür zuwies, daß „die ukrainisch-rußländischen Beziehungen, die für beide Staaten heilig sind, vor eine sehr schwere Probe gestellt sind.“ Zugleich unterstrich er, daß „die Ukraine ein unabhängiger Staat und in politischer Hinsicht ein gleichberechtigter Partner Rußlands ist.“⁵⁰

Auch in dem den Präsidentschaftswahlen vorausgehenden Wahlkampf im Jahre 1999 hatte die Rußländische Föderation lange Zeit Zurückhaltung geübt, bevor sie ihre Unterstützung für Leonid Kučma erklärte. Im Juli 1999 verkündete der damalige Premierminister der Rußländischen Föderation, Sergej Stepašin, die Unterstützung seiner Regierung für den Kandidaten, der für eine enge und ehrliche Zusammenarbeit mit Rußland eintrete.⁵¹ Obwohl dies alle Kandidaten befürworteten, scheint das ein verschleiertes Angebot an Kučma gewesen zu sein: Wenn Kiev ehrliche Kompromisse mit Rußland eingeht, kann der jetzige Präsident mit der stillen Unterstützung Moskaus rechnen, die sich beispielsweise in einer positiven Berichterstattung des staatlichen rußländischen Fernsehens, das auch in der Ukraine empfangen werden kann, äußert. So kritisierte der ehemalige ukrainische Premierminister Marčuk auch die Unterstützung El'cins für die zweite Präsidentschaft Leonid Kučmas als Ausdruck einer Großmachthaltung.

Insgesamt betrachtete die rußländische Führung unter anderem aus innenpolitischen Erwägungen Kučma als das geringste Übel. Eine Parteinahme für den sich demonstrativ prorussisch gebenden Kandidaten der KPU, Petro Symonenko, wäre einer Unterstützung für einen der Hauptgegner des rußländischen Präsidenten und der Regierung Rußlands – den Führer der Kommunistischen Partei Rußlands, Genadij Zjuganov, - gleichgekommen. Zudem war sich der Kreml darüber im klaren, daß der ukrainische Partner Zjuganovs keine Chance auf den Posten des Präsidenten hatte.

Auch der offen für den Beitritt der Ukraine zur belarussisch-rußländischen Union⁵² optierende Oleksandr Tkačenko stellte für die rußländische Führung keine Alternative zu Kučma dar. Moskau hatte offensichtlich damals genügend Schwierigkeiten mit den integrativen Ambitionen des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukašenka, der hauptsächlich auf die Möglichkeit spekulierte, für den Posten des Präsidenten des integrierten Staatsgebildes zu kandidieren. Darüber hinaus konnte Tkačenko, der sich in einem Auftritt vor der rußländischen Staatsduma im Dezember 1998 offen für eine Vereinigung der slawischen Staaten aussprach und die Konsequenzen ihrer Teilung als einen „schweren Schlag gegen

⁴⁹ RFE/RL Newline, Nr. 36, 23.2.1998. Noch nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrags durch die Duma konnte im Januar 1999 am Vortag der geplanten Ratifizierung durch den rußländischen Föderationsrat einer der härtesten Verfechter der Zugehörigkeit der Krim wie auch der Ostukraine zu Rußland, Konstantin Zatulín, ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für GUS-Angelegenheiten der Duma und zu dieser Zeit Leiter des GUS-Studien, auf den Seiten der regierungsnahen Nezavisimaja Gazeta ein Pamphlet veröffentlichen, in dem er die Ukraine eines expansiven „Drang nach Ostens“ beschuldigte und die Anerkennung der Grenzen durch den Grundlagenvertrag als Verrat geißelte. Siehe: Rossijsko-Ukrainskij dogovor: Obman veka (Der rußländisch-ukrainische Vertrag: Ein Jahrhundertbetrug), Nezavisimaja Gazeta 26.1.1999 – die Redaktion.

⁵⁰ Den' 26.2.1998.

⁵¹ RFE/RL Newline Nr. 136, 19.7.1999.

⁵² Vgl. hierzu: Abramova, Olga: Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1994, Untersuchungen des FKKS 19/1998 – die Redaktion.

unsere geistigen Grundlagen – den orthodoxen Glauben, die Gemeinschaft und den Kollektivismus“⁵³ bezeichnete, kein Wunschkandidat Rußlands sein, da sich in Rußland zu dieser Zeit zunehmend eine pragmatische Wende abzeichnete, die mit dem Amtsantritt von Vladimir Putin dann endgültig vollzogen wurde.

Auch der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Ukraine, Oleksander Moroz, der vom rußländischen Standpunkt her ein guter Kandidat hätte sein können, hatte geringe Chancen auf den Präsidentschaftsposten. Gleiches galt für den ehemaligen Premierminister Evhen Marčuk. Eine Unterstützung seitens Moskau für diese Kandidaten wäre daher zwecklos gewesen. Kučma war der einzige, der zumindest bekannt war und der, wie es scheint, von El'cin selbst gemocht und geschätzt wurde.

6 Das Jahr 2000: Anfang vom Ende der ukrainischen Westorientierung?

Nach einem knappen Jahrzehnt, das überwiegend durch Desintegrationsprozesse im gesamten postsowjetischen Raum gekennzeichnet war, lassen sich seit Anfang 2000 in den ukrainisch-rußländischen Beziehungen deutliche Tendenzen einer Umkehrung dieses Prozesses ausmachen. Ursache hierfür ist ein Zusammenspiel von politischen Veränderungen an der Spitze der beiden Staaten zum Jahreswechsel 1999/2000, einer zunehmend schlechteren Einschätzung des Kooperations- und Integrationspotentials in den Beziehungen zwischen der Ukraine und den westlichen Staaten sowie der Entwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten.

6.1 Skandale und Enttäuschungen: Die innenpolitische Entwicklung und das veränderte Verhältnis zum Westen

Auf der innenpolitischen Ebene ging die Wiederwahl von Leonid Kučma zum Staatspräsidenten der Ukraine und die Ernennung von Viktor Juščenko zum Premierminister der Übergabe des rußländischen Präsidentenamtes von Boris El'cin an Vladimir Putin am 31.12.1999 nur um wenige Wochen voraus. Sowohl in Rußland als auch in der Ukraine begann damit eine Zeit großer Veränderungen und Umorientierungen. Von der Regierung Juščenko in der Ukraine wurden grundlegende Reformen erwartet, die das Land an die westlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Standards heranführen sollten. Gleichwohl zielte das von der Regierung vorgeschlagene und realisierte Programm nicht auf eine radikale Veränderung, sondern auf eine langsame Korrektur des Wirtschaftskurses der Ukraine ab. Während des gesamten Jahrs 2000 strebte die Ukraine vor allem danach, den wirtschaftlichen Abstand zu Rußland aufzuholen.

Die ökonomische Situation hatte sich aber nach einer Dekade der „Planlosigkeit“⁵⁴ so verschlechtert, daß der Internationale Währungsfonds im Jahr 2000 eine Kreditsperre verhängte.⁵⁵ Hinzu kam die undurchsichtige Verflechtung von Politik und Wirtschaft in der Ukraine sowie die offen zutage getretene und in den westlichen Medien ungewöhnlich breit dargestellte Beteiligung hochrangiger ukrainischer Politiker an wirtschaftskriminellen Aktivitäten wie Geldwäsche, Steuerflucht und Korruption. Dabei geriet unter anderem Premierminister Juščenko, zweifelsfrei der am stärksten prowestlich orientierte Politiker

⁵³ Nezavisimaja Gazeta 25.12.1998.

⁵⁴ In Anlehnung an die hervorragende Studie zur politischen und ökonomischen Transformation in der Ukraine von Andreas Wittkowsky: Fünf Jahre ohne Plan: die Ukraine 1991-1996: Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten, Hamburg 1998 – die Redaktion.

⁵⁵ Im Dezember 2000 wurden die Kredite wieder gewährt und dann nach den Unruhen in Kiev im März 2001 wieder eingefroren.

innerhalb der politischen Führung der Ukraine dieser Zeit, ins Kreuzfeuer der Kritik.⁵⁶ Im Oktober 2000 wurde die ukrainische Wirtschaft von der EU zwar erstmals als Marktwirtschaft eingestuft, die Hoffnungen der Ukraine auf eine Assoziierung mit der EU wurden jedoch enttäuscht.⁵⁷

Die von zunehmender wechselseitiger Desillusion geprägten Beziehungen zwischen der Ukraine und der westlichen Staatengemeinschaft verschlechterten sich weiter, als Ende des Jahres 2000 Präsident Kučma die Mittäterschaft an der Entführung und der Ermordung des oppositionellen Journalisten Georgij Gongadze vorgeworfen wurde und eine politische Krise ausbrach. Der als „Tapegate“ bezeichnete Fall Gongadze zeigte einerseits, wie sehr sich die in der Ukraine existierenden politischen Normen und Verhaltensweisen von den westlichen Standards unterscheiden. Andererseits kann nicht übersehen werden, daß die westlichen Staaten gegenüber der Ukraine und Rußland unterschiedliche Standards anwenden. Während der ukrainische Präsident Kučma für die Unterdrückung der Pressefreiheit in der Ukraine scharf angegriffen wurde und ungeachtet einer unklaren Beweislage im Fall Gongadze der Ukraine mit dem Ausschluß aus dem Europarat gedroht wurde, fiel die Kritik an Rußland, wo die europäischen Staaten politische und wirtschaftliche Interessen haben, an der Kriegsführung in Tschetschenien nur sehr milde aus. Diese Haltung wurde in der Ukraine auch von den traditionell prowestlichen Gruppierungen als ungerecht wahrgenommen und führte zu einem erheblichen Verlust der Sympathie für den Westen.

6.2 Die langsame Umorientierung der politischen Elite

Erste Anzeichen einer Enttäuschung gegenüber dem Westen spiegeln sich in einer im Oktober 2000 vom ukrainischen Razumkov-Zentrum für ökonomische und politische Studien durchgeführten Umfrage unter hundert Angehörigen der ukrainischen foreign policy community wider.⁵⁸ Mehr als die Hälfte der Befragten war der Ansicht, die Ukraine sollte zwischen zwei und fünf „strategische Partner“ haben, während zu dieser Zeit die offizielle Außenpolitik der Ukraine noch ca. 20 Staaten zu solchen erklärte. Vier Staaten, zu denen die Ukraine nach Ansicht der Befragten prioritäre Beziehungen haben sollte, kristallisierten sich dabei heraus. 80 der Befragten nannten Rußland, 66 die USA, 62 Deutschland und 52 Polen.⁵⁹ Auf eine als Test auf die Substanz solcher „strategischer Partnerschaften“ konzipierten Frage nach den „Ländern, mit denen es am wichtigsten ist zu kooperieren, um die außenpolitischen Ziele der Ukraine zu erreichen“, nannten 90 der Befragten die USA, 89 Rußland, 80 Deutschland, 58 Polen. Auf die Frage nach Verbündeten im Fall einer Aggression gegen die Ukraine nannten 48 Rußland als den Staat, mit dessen militärischer Hilfe die Ukraine rechnen

⁵⁶ Vgl. beispielsweise: Kiew soll IMF-Kredite veruntreut haben, NZZ 31.1.2000; IMF probes Ukraine allegations, Financial Times 29.1.2000 – die Redaktion.

⁵⁷ In diesem Kontext steht auch die oben erwähnte Annäherung der ukrainischen und der rußländischen Position in der Frage der Grenzdemarkation. Die Hoffnungen auf einen Assoziationsvertrag mit der EU, dessen Abschluß an die Bedingung geknüpft gewesen wäre, daß die Demarkationsarbeiten abgeschlossen sind, war eine der wesentlichen Antriebsmomente der ukrainischen Forderung gegenüber Rußland. Vergleiche zum ganzen Komplex der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU: Sahn, Astrid: Integration, Kooperation oder Isolation? Die Ukraine und Belarus' im Vorfeld der EU-Osterweiterung, in: Osteuropa 11/12, 2001, S. 1391-1404 – die Redaktion.

⁵⁸ Strategic Partners of Ukraine: Declarations and Realities, in: National Security & Defence 12/2000, Ukrainian Centre for Economic and Political Studies named after Olexander Razumkov, S. 2-50. Die Befragten waren Mitglieder der Präsidialadministration, der außenpolitikrelevanten Ausschüsse der Verchovna Rada, des Sekretariats des Ministerkabinetts, des Apparats des Rats für nationale Sicherheit und Verteidigung, verschiedener Ministerien u.a. für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Wirtschaft, der Medien sowie staatlicher und unabhängiger Forschungsinstitute.

⁵⁹ Ebd., S. 7. Mehrfachnennungen waren möglich. China mit 25 Nennungen und Azerbaidžan mit 19 folgten auf den Plätzen.

könne, 54 die USA, 30 Polen, 20 Deutschland. Schließlich wurde auf die Frage, welcher Staat die Ukraine für seinen strategischen Partner hält, Rußland von lediglich 38 der Befragten genannt, 67 nannten dagegen Polen, 36 Georgien, 24 die USA.⁶⁰

Auch die Stellungnahmen führender Politiker der ukrainischen Parteien im Rahmen einer von dem erwähnten Razumkov-Zentrum durchgeführten Interviewserie zeugen von der allgemeinen Stimmung der Umorientierung. Wenig überraschend ist die starke Betonung der Bedeutung Rußlands für die Ukraine bei den Vertretern der ohnehin eher auf Rußland ausgerichteten Parteien. So sprach sich die Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei der Ukraine (PSPU), Natalija Vitrenko, strikt gegen eine in mehrere Richtungen orientierte Außenpolitik aus: „Eine vorurteilsfreie Analyse führt zu der Schlußfolgerung, daß die Ukraine Rußland und Belarus als ihre strategischen Partner anerkennen muß.“⁶¹

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU), Petro Symonenko, konstatierte als einziger der Befragten, daß die strategische Partnerschaft zwischen der Ukraine und Rußland bereits ein Faktum und nicht bloß ein politisches Postulat sei: „Der zentrale strategische Partner der Ukraine ist Rußland – sowohl im unmittelbaren als auch im erweiterten Sinn, als integrierendes Symbol der strategischen Partnerschaft mit den anderen GUS-Staaten. Ungeachtet der künstlichen Blockade dieses Prozesses sind unsere Wirtschaftssysteme, die durch den ‚Verrat von Belovež‘⁶² getrennt wurden, immer noch komplementär [...] Trotz der Schwierigkeiten, die von den Marktreformern verursacht wurden, bleibt Rußland unser führender Wirtschafts- und Handelspartner“. Und weiter: „Gemeinsame strategische Interessen an der Wiedereinführung eines integrierten Wirtschaftssystems der Ukraine, Rußlands und anderer GUS-Staaten verbinden sich sehr eng mit anderen, nicht minder wichtigen Problemen der gesellschaftlichen und kulturellen Wiedergeburt unserer Völker [...] Der Wiederaufbau des Systems objektiver kultureller und zivilisatorischer Grundlagen, auf denen unsere sozialen Gemeinschaften basieren, ist sowohl das natürliche Bedürfnis unserer Völker als auch die patriotische Pflicht der Regierungen der GUS-Staaten.“⁶³ Diese Äußerung zeigt wie viele andere aus den Reihen der KPU, daß diese Partei nicht nur für die Wiedererrichtung der Sowjetunion sondern auch für das sowjetische System eintritt. Etwas später stellte Symonenko in einem Kommentar zu der politischen Krise in der Ukraine fest, daß es nie zu einer Verschränkung von politischer Macht und kriminellem Kapital, wie sie für die Ukraine kennzeichnend ist, gekommen wäre, „wenn in der Außenpolitik die strategischen Vektoren - vor allem im Bereich der Verbesserung der Beziehungen zu Rußland und Belarus - prägend geblieben wären“. Bezeichnend ist auch, daß Symonenko die Integration zwischen Rußland und Belarus mit der Entstehung der Europäischen Union vergleicht.⁶⁴

Die Vertreterin des Wahlbündnisses „Arbeitende Ukraine“, Inna Bohoslovs’ka, nannte Rußland den wichtigsten Partner der Ukraine. Sie wies aber auch auf Probleme hin, die in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufträten. Zugleich verbarg sie ihre Abneigung gegenüber den Vereinigten Staaten nicht, schloß diese dennoch als potentiellen Partner der Ukraine nicht aus.⁶⁵ Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU), die ebenfalls kommunistische Wurzeln hat, Oleksandr Moroz, war in seinen Worten vorsichtiger. Er erinnerte daran, daß die Partei in ihrem Programm fordert, die Ukraine solle „an der

⁶⁰ Ebd., S. 38-39.

⁶¹ Ebd., S. 12.

⁶² Gemeint ist die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung der GUS durch die Präsidenten der belarussischen, der rußländischen und der ukrainischen Sowjetrepubliken am 8.12.1991 – die Redaktion.

⁶³ Strategic Partners of Ukraine, S. 17.

⁶⁴ Nezavisimaja Gazeta 31.3.2001.

⁶⁵ Strategic Partners of Ukraine, S. 11.

Gestaltung einer paneuropäischen Zivilisation mitwirken, zu der auch andere ost- und südslawische Völker gehören“. Daher „sollten die Beziehungen zu Rußland, Belarus und anderen Nachbarn für uns Priorität besitzen.“⁶⁶ Diese Aussagen sind sehr charakteristisch für eine Strömung, deren außenpolitische Orientierung man mit der Formel: „Gemeinsam mit Rußland nach Europa“ beschreiben kann.

Oleksandr Volkov, einer der einflußreichsten Politiker in der Ukraine und Vorsitzender der Partei „Demokratische Union“ (Demokratyčnyj Sojuz, DS) sowie der Fraktion „Wiedergeburt der Regionen“ (Vidrodžennja Rehioniv) wies Rußland die Rolle des wichtigsten Partners der Ukraine zu und sah die Schuld für den von ihm als unbefriedigend betrachteten Stand der bilateralen Beziehungen eindeutig auf der ukrainischen Seite: „Wie kann Rußland eine strategische Partnerschaft mit einem Land aufbauen, das sein Gas stiehlt? Mit einem Land, das sich in Gestalt einiger verantwortungsloser Politiker und Beamter in Richtung von politisch-militärischen Blöcken orientiert, die sich gegen Rußland richten“.⁶⁷

Der Vorsitzende der sich als liberal deklarierenden Fraktion „Jabluko“⁶⁸, Oleksandr Čarodeev, äußerte sich unmißverständlich: „Zu den grundlegenden Prinzipien der ukrainischen Außenpolitik sollte die Aufrechterhaltung der Bindungen mit den ostslawischen Staaten Rußland und Belarus sowie die Erhaltung von bestmöglichen Beziehungen zu den orthodoxen Staaten“ sein. Čarodeev ging aber noch weiter: „Die Ukraine strebt eine strategische Partnerschaft mit den USA und Rußland an. In Wirklichkeit kann eine solche Partnerschaft mit den USA aber nicht bestehen, denn die Beziehungen mit den USA sind nicht gleichberechtigt. Die Ukraine ist den USA untergeordnet und von den USA abhängig. Die Beziehungen zu Rußland bleiben wiederum wegen der Kurzsichtigkeit einiger ukrainischer Politiker sowie aufgrund des Einflusses der USA unterentwickelt.“⁶⁹ Diese Äußerung Čarodeevs ist charakteristisch für die meisten Parteiformationen, die einem der ukrainischen Oligarchen nahestehen.

Der im Namen der Partei „Batkiščyna“ (Vaterland) sprechende Oleh Bilorus äußerte in dem Interview für das Razumkov-Zentrum die Ansicht, daß „auf der globalen Ebene die Optionen für eine strategische Partnerschaft für die Ukraine äußerst begrenzt“ blieben. „Unvermeidlich sind ihre wichtigsten strategischen Partner Rußland und die USA. [...] Aufgrund der enormen gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit und des ungelösten Problems der Energieversorgung wird die Ukraine entweder gezwungen, sich mit dem rußländischen Verständnis einer strategischen Partnerschaft abzufinden, oder sie wird die Beziehungen zu Rußland auf einer fundamental neuen Grundlage aufbauen. [...] In den ukrainisch-rußländischen Beziehungen liegt ein großes Entwicklungspotential. Beide Staaten sind kulturell verwandt, haben gemeinsame wirtschaftliche Interessen und sind fähig, eine koordinierte Politik gegenüber anderen Staaten zu verfolgen. Es wäre ein Fehler, die Entwicklungsmöglichkeiten der bilateralen Beziehungen nur in zwei sich diametral entgegenstehenden Alternativen zu sehen: entweder eine vollständige politische, kulturelle und militärische Integration oder aber eine Konfrontation“. Obwohl Bilorus sich für ein Gleichgewicht in den Beziehungen mit Rußland, den USA und der EU ausspricht, verbirgt er gleichzeitig seine kritische Haltung gegenüber dem Westen nicht.⁷⁰

Der Vorsitzende der Grünen Partei (PZ), Vitalij Kononov, bekundete einige Zeit nach der Befragung des Zentrums in einer rußländischen Tageszeitung die Auffassung, die

⁶⁶ Ebd., S. 16.

⁶⁷ Ebd., S. 12.

⁶⁸ In Analogie zu der gleichnamigen (russisch Jabluko) rußländischen Zentrumsparterie von Grigorij Javlinskij.

⁶⁹ Strategic Partners of Ukraine, S. 18.

⁷⁰ Ebd., S. 10.

Hauptursache der politischen Krise in der Ukraine sei darin zu sehen, daß „die Ukraine laut ihrer Verfassung ein neutraler Staat ist [was] sowohl Rußland als auch den USA nicht zu gefallen scheint“. Kononov zufolge „kann Rußland ziemlich schnell eine Führungsrolle in Europa übernehmen. Mehr noch – die Europäische Union ist unter der Führung Rußlands möglich. Würde Rußland eine entsprechende Politik verfolgen, würde es in Europa aufgenommen werden“. Zudem warf Kononov Rußland vor, daß „wegen des russischen Nationalismus die Sowjetunion zerfallen ist [...] Ich möchte, daß die Russen verstehen, daß nahestehende Nationen sich immer liebten und auch weiter lieben.“⁷¹ Diese sonderbaren Äußerungen sagen viel über das intellektuelle Niveau der ukrainische Elite aus. Es lohnt sich auch, auf die letztlich eindeutig prorussische Aussage zu achten.

Die rechtsgerichtete Fraktion „Kongreß der Reform“ (Kongres Reformy) wurde in der Befragung des Razumkov-Zentrums durch Oleksandr Emec’ repräsentiert. Obgleich er eine entschieden proeuropäische Position vertrat, gab er gleichzeitig zu, daß „die Ukraine eine strategische Partnerschaft mit Rußland dringend benötigt“. Daß eine solche allerdings noch nicht existiere, führte er auf schlechte Rahmenbedingungen zurück. Es fehle auf beiden Seiten an Transparenz und Vorhersehbarkeit der politischen Entscheidungen, der Grad der ökonomischen Entwicklung sei nicht vergleichbar und nicht zuletzt mangle es an gegenseitigem Vertrauen.⁷²

Etwas anders gestaltet sich die Bestandsaufnahme, wenn man die Äußerungen der Vertreter der noch weiter rechts angesiedelten Parteien betrachtet. Der Vorsitzende der Nationalen Bewegung der Ukraine (NRU), Jurij Kostenko, ließ Rußland und die USA in seiner Aussage im Rahmen der Befragung ganz aus und sprach statt dessen ganz allgemein von einer „europäischen Option“. Er erwähnte lediglich, daß die Ukraine aufgrund der Ausschöpfung der rußländischen Energiequellen den Beziehungen zu den Staaten des Nahen Ostens eine größere Bedeutung zumessen solle.⁷³ Eine Verbindung von proeuropäischer und antirussischer Haltung läßt sich bei der Volksbewegung der Ukraine feststellen. Zwar sah ihr Vorsitzender, Hennadij Udovenko, einerseits „die Regelung der Konflikte mit Rußland“ als ein „besonderes Ziel der ukrainischen Außenpolitik“. Andererseits trat er für einen ukrainischen NATO-Beitritt und die Stärkung von Organisationen ein, die wie z.B. die GUUAM⁷⁴ eindeutig als ein Gegengewicht zu Rußland konzipiert wurden.⁷⁵ An anderer Stelle konstatierte Udovenko, daß ihn „die aktive Durchdringung der Ukraine durch rußländisches Kapital“ beunruhige, da die Ukraine dadurch „verstärkt in wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland“ gerate.“⁷⁶ Eine Repräsentantin des Kongresses der Ukrainischen Nationalisten (KUN), der am weitesten rechts angesiedelten Partei im ukrainischen Parlament, Slava Stec’ko, gab an anderer Stelle zu Protokoll, daß „die Ukrainer sehr wohl wissen, daß Rußland nie von seinen imperialen Ambitionen Abschied genommen hat. Moskau muß ein für alle Mal verstehen, daß wir ein Recht auf Souveränität haben und soll ehrlich die territoriale Integrität der Ukraine respektieren.“⁷⁷ Dies entspricht auch der Ansicht der radikalen Nationalisten, die behaupten, daß Rußland weder imstande sei, die Unabhängigkeit

⁷¹ Nezavisimaja Gazeta 7.4.2001.

⁷² Ebd., S. 13.

⁷³ Ebd., S. 14.

⁷⁴ Es handelt sich um eine regionale Organisation mit sicherheitspolitischen und ökonomischen Zielsetzungen, die 1997 auf ukrainische Initiative und mit Unterstützung der USA und der EU ins Leben gerufen wurde. GUUAM steht für die Anfangsbuchstaben ihrer Mitgliedsstaaten Georgien, Ukraine, Uzbekistan (seit 1999), Azerbajdžan und Moldova. Die GUUAM wird vor allem als Gegenorganisation zu der stark auf Rußland fokussierten GUS verstanden. Vgl. weiterführend: GUUAM. Subregionale Kooperation im Kaspischen Raum. Aktuelle SWP-Dokumentation, Nr. 21 (Oktober 1999) – die Redaktion.

⁷⁵ Strategic Partners of Ukraine, S. 18.

⁷⁶ Nezavisimaja gazeta 30.3.2001.

⁷⁷ Nezavisimaja gazeta 5.4.2001.

der Ukraine als ein Faktum zu akzeptieren noch mit der Ukraine gleichberechtigte und partnerschaftliche Beziehungen aufbauen könne.

Wie aus dieser Darstellung ersichtlich, war die Mehrheit der politischen Kräfte in der Ukraine schon Ende des Jahres 2000 von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit Rußland überzeugt, unabhängig davon, ob die jeweilige politische Gruppierung diese Notwendigkeit begrüßte oder nicht. Nur die rechten Parteien mit einem nationalistischen Programm erklärten ihre entschlossene Gegenwehr. Besonders fällt auf, daß wie schon in den Wahlprogrammen vor dem Urnengang 1998 nur die Vertreter der rechten und der postkommunistischen Parteien sich in dieser Hinsicht eindeutig positionierten. Die breite Mitte des Parteienspektrums vermeidet hingegen eine solche Positionierung. Hinter dieser Zurückhaltung stehen wohl in erster Linie wahltaktische Gründe. Die Parteien in der Mitte des Parteiensystems sind faktisch wohl deutlicher auf Rußland ausgerichtet, was allerdings bei den eher patriotisch ausgerichteten Wählern, um die diese Gruppierungen werben, keine Akzeptanz finden würde.

Auch eine auf den Seiten der Wochenzeitung *Zerkalo Nedely* Ende des Jahres 2000 ausgetragene Diskussion zwischen führenden ukrainischen Journalisten offenbarte die Einschätzung, daß die Bedeutung Rußlands gewachsen sei.⁷⁸ Dabei wurde diese Erkenntnis meist mit Unbehagen und Widerwillen konstatiert. Olena Prytula von der prowestlichen Zeitschrift *Ukrajinska Pravda* stellte fest: „Abgesehen von Rußland braucht uns niemand“. Einer der maßgeblichen ukrainischen politischen Kommentatoren, der vor allem in der Tageszeitung *Den'* publiziert, Vjačeslav Pichovšek, schrieb: „Leider scheint es wieder mal Rußland zu sein“. Valerij Lapikura vom staatlichen ukrainischen Fernsehen wies wiederum auf „den gesunden Pragmatismus von Putin, der die imperiale Dummheit seiner Vorgänger überwand“, hin. Als Hauptursachen dafür, daß die Ukraine zur Zusammenarbeit mit Rußland verurteilt sei, wurden vor allem wirtschaftliche Gründe und die Gleichgültigkeit des Westens gegenüber der Ukraine genannt.

Exemplarisch für die zunehmende Ausrichtung auf Rußland läßt sich eine Äußerung des Meinungsführers der Grünen Partei der Ukraine, Ihor Kyrjušin, in einem Artikel für die offizielle Zeitung des ukrainischen Parlaments zitieren: „Das vergangene Jahr brachte uns eine große Enttäuschung über die europäische Politik gegenüber der Ukraine. Europa wählte Rußland zum wichtigsten Partner im GUS-Raum und versucht dies nicht mehr zu verbergen. Die Ukraine bleibt für Europa nach meiner Einschätzung nur als ein riesiger potentieller Absatzmarkt für seine Produkte interessant“. Nach der Feststellung, daß sich das rußländische Kapital aufgrund von Übereinstimmungen in den Eigentumsverhältnissen und den Spielregeln des Marktes in beiden Ländern bereits gut in der Ukraine positioniert hat, konstatierte er: „Die Interessen der Ukraine und der rußländischen Unternehmen sind in der wichtigsten Hinsicht konvergent – der Produktion konkurrenzfähiger Erzeugnisse. Wir dürfen nicht vergessen, daß das rußländische Kapital zugleich ein Lobbyist der rußländischen politischen Interessen im GUS-Raum ist. Es ist an der Zeit, mit Rußland eine ‚Vernunftehe‘ einzugehen. Wir müssen endlich dem ukrainischen Volk die unangenehme Wahrheit sagen: wir haben die Chance, ein wirtschaftlich unabhängiger Staat zu werden, nicht genutzt [...] Wenn wir Rußland als Partner wählen, bekommen wir einen Partner, der uns eine reale wirtschaftliche Hilfe in Form eines großen Absatzmarktes für unsere Produkte anbietet [...] Ein stabiles Wachstum, das aus der Partnerschaft mit Rußland resultiert, gibt uns die Möglichkeit, eine Marktwirtschaft aufzubauen und vor allem unsere Unabhängigkeit zu wahren, denn nur ein wirtschaftlich entwickeltes Land hat ein Recht dazu, sich als unabhängig zu bezeichnen“.⁷⁹ Kirjušin

⁷⁸ *Zerkalo Nedely* 51/2000.

⁷⁹ *Holos Ukrajinu* 27.2.2001.

formulierte damit eine Meinung, die an der Schwelle des dritten Jahrtausends innerhalb der ukrainischen politischen Elite weit verbreitet ist.

6.3 Die Veränderungen in der Moskauer Politik

Eine weitere Schwächung der Westorientierung der ukrainischen Außenpolitik bedeutete sodann die Entlassung von Premierminister Juščenko aufgrund der politischen Krise, die nach den Anschuldigungen im Fall Gongadze entbrannt war. Zwar hatte dieser Fall keine unmittelbaren Einwirkungen auf die Beziehungen der Ukraine zu Rußland, das sich während der innenpolitischen Spannungen in der Ukraine zurückhaltend verhielt.⁸⁰ Da aber das ukrainisch-rußländische Verhältnis immer in direkter Abhängigkeit von der Politik der westlichen Staaten steht, kann es nicht erstaunen, daß Präsident Kučma in Reaktion auf die westliche Distanzierung versuchte, sich enger an Moskau anzulehnen. Diese als spektakulär wahrgenommene Umorientierung, für die symbolisch die Entlassung des in Moskau wenig beliebten ukrainischen Außenministers, Boris Tarasjuk, sowie die Nominierung des als prorussisch geltenden Anatolij Zlenko steht, ist allerdings im Kontext einer breiteren, seit Mitte des Jahres 2000 immer deutlicher werdenden Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik auf Rußland zu sehen. Diese erklärt sich vor allem aus einem Wandel der Moskauer Außenpolitik und einem gleichzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung in Rußland.

Das Jahr 2000 brachte wesentliche Veränderungen in der rußländischen Außenpolitik. Der rußländische Staat wurde entschlossener und konsequenter regiert, womit auch die Moskauer Außenpolitik pragmatischer und berechenbarer wurde. Dies stellte die Ukraine vor eine neue Situation.

Als wichtigste Änderung in der Strategie verzichtete Rußlands neuer Präsident Vladimir Putin darauf, die GUS als ein Instrument zur Reintegration des „postsowjetischen Raums“ zu betrachten. Der Kreml erkannte, daß sich die rußländischen Interessen gegenüber der Ukraine viel effektiver verwirklichen lassen, wenn die Ukraine als Partner und nicht als ein vom Mutterland vorübergehend abgetrennter „Saisonstaat“ behandelt wird. In Moskau nahm man somit Rücksicht auf das wichtigste psychologische Hindernis seitens der Ukraine auf dem Weg zur einer engeren Bindung zwischen den zwei Staaten und erleichterte damit Kiev beträchtliche Zugeständnisse gegenüber dem großen Nachbarn.

Exemplarisch für diesen neuen Politikstil steht eine Äußerung des Vorsitzenden des außenpolitischen Rats der Rußländischen Föderation, Sergej Karaganov: „Rußland ist an einer stabilen Ukraine interessiert. [...] Rußland braucht eine freundschaftliche Ukraine. [...] Rußland kann es sich nicht leisten, die Ukraine auszuhalten. Der Niedergang der ukrainischen Wirtschaft bedeutet eine Katastrophe für Rußland.“⁸¹

Auch auf ukrainischer Seite wurde man sich des Wandels der Moskauer Politik und dessen Bedeutung rasch bewußt. Die Rußland skeptisch gegenüberstehenden Politiker wie der

⁸⁰ Einige rußländische Medien verbreiteten allerdings die These, amerikanische Geheimdienste hätten die Krise angezettelt, um Kučma durch den ihnen genehmeren Juščenko im Amt des Präsidenten zu ersetzen. Siehe exemplarisch: *Novye Izvestija* 14.4.2001; *Trud* 17.4.2001. Unabhängig von der Glaubwürdigkeit solcher Vorwürfe fand diese These viele Zuhörer in der Ukraine. Gleichzeitig versuchten ukrainische rechtsorientierte politische Gruppierungen eine etwas wahrscheinlicher klingende These von einer der „rußländischen Spur“ zu popularisieren und bezichtigten die rußländischen Geheimdienste einer Provokation, die gegen Premierminister Jusščenko gerichtet gewesen sei. Diese Version ist allerdings genauso unwahrscheinlich wie die „amerikanische“. Eine Analyse der gesamten zugänglichen Information führt zu der Schlußfolgerung, daß für das Anzetteln der „Tapegate“ eine der ukrainischen oligarchischen Gruppierungen verantwortlich ist.

⁸¹ *Ekspert* Nr. 7, 19.2.2001.

ehemalige Außenminister Tarasjuk äußerten sich denn auch zurückhaltend zur Neubestimmung der rußländischen Ukrainepolitik: „Seit dem Wahlsieg von Vladimir Putin konnten wir eine neue Haltung der Rußländischen Föderation wahrnehmen. Diese bewirkt eine neue Qualität unserer bilateralen Beziehungen und einen konsequenten Druck auf die Ukraine. Heute gibt es weniger Gefühle im Umgang zwischen den beiden politischen Führern und weitaus mehr Pragmatismus, was an sich schon positiv ist. Da wir aber in der Position des Schwächeren sind, bedeutet ein solcher Pragmatismus de facto einen Druck seitens des Partners.“⁸²

Entgegen der Ansicht besorgter Kreise in der Ukraine spricht vieles dafür, daß der neue rußländische Politikstil lediglich Verbesserungen symbolischer Art in den ukrainisch-rußländischen Beziehungen zur Folge haben. Die ökonomischen Beziehungen hingegen waren von ganz anderen Faktoren abhängig.

6.4 Neue Bedingungen für die ukrainisch-rußländischen Wirtschaftsbeziehungen

Nachdem sich die enge wirtschaftliche Verflechtung mit Rußland und deren negative Auswirkungen in aller Deutlichkeit in Zusammenhang mit der Rubelkrise vom August 1998 gezeigt hatte, verkehrte sich der Effekt im Jahre 2000. Steigende Ölpreise auf den internationalen Rohstoffmärkten spülten vermehrt Kapital in den Kreislauf der rußländischen Volkswirtschaft. Dies führte zu einer verstärkten Nachfrage nach ukrainischen Produkten auf dem rußländischen Markt. Infolge dieser gesteigerten Exportaktivität verzeichnete die Ukraine erstmals seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit mit einer Zunahme des Bruttosozialprodukts um sechs Prozent ein beträchtliches Wirtschaftswachstum, was auch die soziale Lage ein wenig entschärfte. Die Ukraine ist somit, obwohl sie kein Rohstoffexporteur ist, über die Verflechtung mit Rußland sekundär vom Weltmarkt abhängig.

Auch ein weiterer für das erwähnte Wachstum entscheidender Faktor, die forcierte Privatisierung staatseigener Betriebe vor allem in der chemischen Industrie und in der Schwerindustrie, zeigt die Bedeutung Rußlands für die ukrainische Wirtschaft. Nicht zuletzt aufgrund der unsicheren politischen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen zeigten westliche Investoren nur geringes Interesse an den zu veräußernden Betrieben. Als Hauptinvestor traten folglich rußländische Unternehmen auf, die nun paradoxerweise von der westorientierten Politik des ehemaligen Premierministers Jušenko profitierten, der auf westliches Verlangen hin stufenweise Marktmechanismen in der Ukraine einführte und die Wirtschaft für ausländisches Kapital öffnete.⁸³ Der in einer Wiederinbetriebnahme stillstehender Produktionsstätten und einer Produktionssteigerung zu messende Erfolg dieser rußländischen Übernahmen führte auch zu einer veränderten Wahrnehmung der Abhängigkeit der Ukraine von westlicher Hilfe in der ukrainischen politischen Elite. Diese wird heute – ganz im Gegensatz zu der ökonomischen Kooperation mit Rußland - nicht mehr als existentiell notwendig betrachtet.

Wie weit die Zugeständnisse an Rußland reichten, zeigt sich daran, daß Rußland auch im sensiblen Medienbereich seinen Einfluß erhöhen konnte. In einem am 23.10.2000 unterschriebenen Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich von Rundfunk und Fernsehen verzichtet die Ukraine auf die Übersetzung der russischsprachigen Sendungen in den ukrainischen audiovisuellen Medien und auf die Kontrolle über die Verträge, in denen die Übersetzungen der russischsprachigen Programme in den Kabelnetzen festgelegt sind. Dies sind sehr weitgehende Zugeständnisse, die die Informationssouveränität der Ukraine

⁸² Interview mit Tarasjuk, in: Polityka i Kultura Nr. 8/2001, S. 10-13, hier S. 11.

⁸³ Vgl. hierzu Gavriš, Oleg: Jušenko – get?, in: Vedomosti 27.4.2001.

beeinträchtigen. Dieses Abkommen wurde seitens der Ukraine von Ivan Drač, dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Informationspolitik, der zuvor in zahlreichen öffentlichen Auftritten eine seiner Ansicht nach zu starke Präsenz der russischen Medien in der Ukraine kritisiert hatte, unterzeichnet. Daraus läßt sich folgern, daß die Politik der Ukraine heute in ihrer Substanz in weit stärkerem Maße prorussisch orientiert ist, als die politische Rhetorik ihrer Führung glauben macht.

6.5 Erdgas und die militärisch-technische Zusammenarbeit

Das trianguläre Verhältnis zwischen der westlichen Staatengemeinschaft, Rußland und der Ukraine läßt sich paradigmatisch auch an der Energiepolitik zeigen. Sowohl die Debatte über den Bau einer neuen rußländischen Pipeline, die ukrainisches Territorium umgehen und die westeuropäischen Abnehmer rußländischen Gases via Belarus und Polen erreichen soll, als auch die Haltung Brüssels im Hinblick auf die Erweiterung der rußländischen Gaslieferungen an den Westen zeigen, daß die EU die Rußländische Föderation als ihren Hauptpartner im Osten Europas sieht. Als der Westen den Beziehungen zur Rußländischen Föderation immer eindeutiger Priorität einzuräumen begann und von Kiev vor allem gute und partnerschaftliche Beziehungen zu Moskau erwartete, sah sich die ukrainische Führung zu einer Annäherung an Rußland gezwungen. Dies äußerte sich unter anderem in der bereits erwähnten Entlassung des ukrainischen Außenministers Boris Tarasjuk.⁸⁴

Die Entlassung Tarasjuks begünstigte die Aushandlung eines für die Ukraine überraschend günstigen Abkommens über die Bedingungen der Lieferung und des Transits von Erdgas durch die Ukraine für das Jahr 2001.⁸⁵ Der wichtigste Aspekt war aus ukrainischer Sicht das Einverständnis Rußlands, die Gespräche über die Beteiligung von Gazprom an der Kontrolle des ukrainischen Pipelinesystems zu verschieben und das Thema der ukrainischen „Gasverschuldung“ vorerst auszuklammern. Rußland akzeptierte auch den Transfer turkmenischen Gases in die Ukraine sowie verminderte Einnahmen, die aus dem Verzicht der Ukraine, im Jahr 2001 rußländisches Gas zu kaufen⁸⁶, resultierten.

Wichtig ist auch, daß keine sofortige Rückkehr zu der 1988 aus technischen Gründen aufgegebenen Einheitlichkeit der Energieversorgungssysteme der beiden Staaten nach den rußländischen Plänen vereinbart wurde. Zur Vereinheitlichung der beiden Energieversorgungssysteme kam es erst im August 2001, nachdem die rußländische Seite die ukrainischen Bedingungen zu akzeptieren begann und innenpolitische Anschuldigungen an den ukrainischen Präsidenten, er habe das ukrainische Energiesystem preisgegeben, keinen Nährboden in der Realität mehr finden konnten.

Ähnlich wie bei den energiewirtschaftlichen Beziehungen hat sich die ukrainisch-rußländische Kooperation auch im militärtechnischen Bereich seit 1999 intensiviert. Während eines Besuchs des rußländischen Verteidigungsministers, Ivan Sergeev, in der Ukraine im Januar 2001 wurde ein gemeinsamer Führungsstab für beide in Sevastopol' stationierten Flotten vereinbart. Im Februar 2001 unterzeichneten sodann beide Staatspräsidenten ein ganzes Paket von Vereinbarungen, auf deren Grundlage konkrete Abkommen zustande

⁸⁴ Auch die Entlassung von Ihor Bakaj, Aufsichtsratsvorsitzender des ukrainischen Gasmonopolisten Ukrhazprom, der jahrelang für den Diebstahl rußländischen Gases aus den Transitpipelines verantwortlich war, kam dem Kreml sehr gelegen, da sie die Position von Rem Vjachir'ev, seinem rußländischen Gegenüber bei Gazprom, den Putin entlassen wollte, schwächte.

⁸⁵ Das Abkommen wurde am 22.12.2000 unterschrieben. Es gibt keine langjährigen Vereinbarungen zwischen Rußland und der Ukraine im Bereich der Gaslieferungen, diese werden vielmehr jedes Jahr neu verhandelt.

⁸⁶ Mit Ausnahme von 30 Mrd. m³, die als Barterzahlung für die Durchleitung rußländischen Gases nach Westeuropa geliefert wurden.

kommen sollten. In der Regel haben Vereinbarungen im militärischen Bereich keine überragende wirtschaftliche Bedeutung für die Ukraine. Trotzdem bleibt die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der rußländischen Rüstungsindustrie für Kiev vor allem ein Instrument, um Arbeitsplätze in der eigenen Wirtschaft zu erhalten.

In sicherheitspolitischer Hinsicht waren dann auch die ukrainischen Zugeständnisse an Rußland faktisch viel geringer, als der triumphale rußländische Ton es vermuten läßt, und schufen keine wesentlichen Veränderungen in der ukrainischen Militär- und Verteidigungspolitik. Zudem traf Mitte Februar, am Tag der Zusammenkunft Kučmas und Putins, der sicherheitspolitische Koordinator des ukrainischen Präsidenten, Evhen Marčuk, den stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister, Jeffrey Starr. Auf diese Weise konnte Kiev ein Signal geben, daß die USA ein strategischer Partner der Ukraine bleibt. Die Amerikaner demonstrierten wiederum, daß die Intensivierung der ukrainisch-rußländischen Beziehungen kein Hindernis für eine strategische Partnerschaft zwischen Kiev und Washington sein muß. Beide Signale waren dabei sowohl an die Rußländische Föderation als auch an die EU gerichtet.

7 Die neue Doktrin der ukrainischen Außenpolitik

Nachdem die ukrainische Außenpolitik im Laufe des Jahres 2000 die Kooperation mit Rußland in verschiedenen wichtigen Politikfeldern intensiviert hatte und sich damit die im vorhergehenden Jahrzehnt dominanten Desintegrationsprozesse ins Gegenteil verkehrt haben, verlieh der ukrainische Außenminister, Anatolij Zlenko, diesem Richtungswechsel im Januar 2001 eine offizielle Bestätigung. In einer Erklärung auf einer Pressekonferenz des ukrainischen Außenministeriums am 23. Januar 2001 stellte er die veränderten außenpolitischen Prioritäten der Ukraine dar.⁸⁷ Obgleich er sich gegen die Charakterisierung seiner Äußerungen als neuer außenpolitischer Doktrin verwahrte, sind sie de facto als eine solche zu betrachten.

Die wichtigste Neuorientierung, die Zlenko vornahm, war die Bestimmung der „strategischen Partner“ der Ukraine. Als solche identifizierte er nun lediglich die Rußländische Föderation und die USA, womit er die Beziehungen der Ukraine sowohl mit der EU als auch mit Polen in den Hintergrund stellte. Die Zusammenarbeit mit Polen sollte nicht mehr als „strategische“, sondern als „gutmachbarschaftliche Partnerschaft“ behandelt werden.

Führen wir uns die zentralen Aussagen seiner Rede vor Augen: „Seit den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat unsere Außenpolitik gegenüber Rußland einen realen und praktischen Inhalt erhalten. Es ist uns gelungen, einen Weg der bilateralen Kooperation zwischen zwei gleichberechtigten Partnern einzuschlagen. Noch wichtiger ist, daß wir uns nach und nach von extremen Positionen verabschieden konnten. Dabei bedeutet die Übereinstimmung zwischen der Ukraine und Rußland in bestimmten Punkten nicht automatisch, daß die Ukraine stets dem Moskauer Kurs folgt. Und umgekehrt – wenn Kiev die rußländische Haltung nicht unterstützt, bedeutet es nicht, daß zwischen den zwei Staaten eine neue ‚Berliner Mauer‘ errichtet wird. Das gleiche betrifft die ukrainisch-amerikanischen Beziehungen. [...] Einen wichtigen Schritt, um unsere außenpolitischen Aktivitäten zu systematisieren, stellt der endgültige Abschluß der Diskussion über die unterschiedlichen Ausrichtungen unserer Außenpolitik dar. [...] Wie ein ukrainisches Sprichwort sagt, man kann sich nicht zugleich in drei unterschiedliche Richtungen bewegen. Wir müssen es ein für alle Mal klarstellen. [...]

⁸⁷ Abgedruckt als: My virymo liše v tych, chto viryt' u samoho sebe (Wir glauben nur an die, die an sich selbst glauben), in: Polityka i Čas 2/2001, S. 3-7.

Die Ukraine versteht sich nicht als ein Staat mit einer in unterschiedliche Richtungen orientierten Außenpolitik. Unser Entschluß und unser Ziel sind bereits bestimmt. [...] Es ist die europäische Integration der Ukraine. [...] Um die innerstaatliche Transformation abzusichern und unsere Entscheidung für Europa erfolgreich zu realisieren, ist es notwendig, günstige außenpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Gegenwärtig bedeutet es für die Ukraine, daß sie vor allem ihre strategische Partnerschaft mit der Rußländischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika entwickeln muß. Freundschaftliche und pragmatische Beziehungen mit diesen Staaten halte ich für eine zentrale Garantie für unsere Sicherheit. Dies bedeutet auch die Stärkung unserer gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Moldawien und Belarus. Zudem sieht es auch die Vertiefung der Beziehungen mit Berlin, London und Paris vor.“⁸⁸

Wenn das Instrument zur Realisierung der „Entscheidung für Europa“ die Entwicklung der strategischen Partnerschaft mit den USA sein soll und die EU als politischer Partner in dieser Rede nur nebenbei erwähnt wird, bedeutet dies, daß die ukrainische „Entscheidung für Europa“ lediglich ein Lippenbekenntnis ist. Es dient dazu, die Aufmerksamkeit der westeuropäischen Staaten von der sich bereits herauskristallisierenden ukrainischen „Entscheidung für die USA“ abzulenken.

Diese Entscheidung für die USA wurde von Außenminister Zlenko am 27.3.2001 in einem Vortrag bei der *Heritage Foundation* entschlossen bestätigt. Zlenko stellte in seiner Rede fest: „Die Ukraine hat lange nach einem optimalen Gleichgewicht ihrer außenpolitischen Prioritäten gesucht, um am besten ihr Potential als unabhängiges Land zu realisieren. Ich bin überzeugt, daß wir im letzten Jahr ein geeignetes Modell gefunden haben. Seine Grundlage ist die Position der Ukraine als ein europäisches Transitland und die Aufrechterhaltung der partnerschaftlichen Beziehungen vor allem mit der EU, den USA und Rußland. Die erfolgreiche Umsetzung bedarf dreierlei: der Offenheit Europas, der Unterstützung der USA und des Verständnisses seitens Rußlands. [...] Wir schätzen unsere strategische Partnerschaft mit den USA sehr und sind stolz darauf. Die Basis für diese Partnerschaft ist weder politische Philanthropie noch emotionale Bindungen, sondern die Konvergenz unserer Interessen in Mittel- und Osteuropa. [...] Was Rußland anbelangt, haben wir auch in diesem Bereich eine positive Entwicklung, oder um ein diplomatisches Klischee zu gebrauchen, ‚einen Schritt in die richtige Richtung‘ zu verzeichnen. Für eine der größten Errungenschaften der letzten Zeit halte ich die Umorientierung eines Großteils des rußländischen politischen Establishments, welches die Unabhängigkeit der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa als objektive Wirklichkeit und nicht als persönliche Beleidigung betrachtet. Wir haben nicht die Absicht, Teil irgendeines Imperiums zu werden. Wir wollen nicht zur Einflußzone dieses oder jenes Staates werden. Wir wollen ein sicherer und gleichberechtigter Partner sein. Und nach meiner Einschätzung wird unsere Haltung von der jetzigen Führung Rußlands respektiert. [...] In den Beziehungen zwischen Kiev und Moskau herrscht nun mehr gegenseitiger Respekt. Heute ist die These vom ‚Verbund der slawischen Staaten‘ auf der offiziellen Ebene in Moskau kaum mehr zu vernehmen. Moskau will die Beziehungen mit der Ukraine anhand des Modells ‚USA-Kanada‘ aufbauen. Wer die Entwicklung der ukrainisch-rußländischen Beziehungen seit 1991 verfolgte, muß feststellen, daß dies ein großer Fortschritt ist.“⁸⁹

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Vystup Ministra zakordonnych sprav Ukrainy A.M.Zlenka u „Heritage Foundation“, online im internet (Stand 1.2.2002): www.mfa.gov.ua/information/?speech/200103.html.

8 Resumé: Via Moskau nach Brüssel

Die Analyse der ukrainischen Außenpolitik und der Dynamik der wirtschaftlichen Veränderungen in der Ukraine deutet darauf hin, daß Kiev in absehbarer Zukunft vor allem die Beziehungen mit der Rußländischen Föderation und den Vereinigten Staaten als seine außenpolitischen Prioritäten betrachten wird. Die Beziehungen mit den Staaten der Europäischen Union werden als wichtig, aber doch angesichts des mittel- bis langfristigen Ausschlusses aus der Europäischen Union als zweitrangig eingestuft. Der Beitritt zur EU ist ein Ziel, der Weg dahin führt aber über Moskau. Die Effektivität der ukrainischen Außenpolitik hängt von der Politik Moskaus und Washingtons und vor allem von der Entwicklung der Beziehung zwischen den zwei Großmächten ab.

Der beschriebene Wandel in der Außenpolitik Kiews bedeutet nicht, daß ein klarer Bruch in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU stattfand. Sie kühlten sich allerdings deutlich ab und eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Die ukrainische Führung hat erkannt, daß der Versuch der Annäherung an die EU der Ukraine weder wirtschaftlich noch politisch großen Erfolg brachte und daß es in wirtschaftlicher Hinsicht heute keine Alternative zur Kooperation mit Rußland mehr gibt.

Einen klaren politischen Ausdruck fand diese Erkenntnis im April 2001 mit der Gründung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe in der Verchovna Rada mit dem Namen „Gemeinsam mit Rußland nach Europa“, die sich aus 32 Abgeordneten aus den oligarchischen Gruppierungen zusammensetzt. Auf der parlamentarischen Ebene schließen sich in dieser Formation erstmals die Vertreter der „euroasiatischen Option“ zusammen. Das Programm dieser Gruppe läßt sich mit wenigen Worten wiedergeben: Die Ukraine kann eine Integration in die europäischen Strukturen nur dann und nur soweit wagen, wenn und in dem Maße dies auch die Rußländische Föderation für sich für richtig hält. In der Praxis bedeutet dies, daß die Europapolitik der beiden Staaten eng koordiniert werden soll.

Der Führer dieser Gruppe, Dmytro Tabačnyk, postulierte als deren Ziel die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Ukraine und Rußlands sowie „die Harmonisierung der Gesetzgebung im Wirtschaftsbereich, die Abschaffung der Zölle und Exportbeschränkungen“. Zudem erwartete er die Entstehung einer analogen Gruppe in der rußländischen Duma. Das strategische Ziel nicht nur der beiden parlamentarischen Gruppen sondern der beiden Staaten solle die Koordination „der ukrainischen und rußländischen Bemühungen um eine effektive Heranführung der beiden Staaten an die europäischen Strukturen“ sein, zumal „die Geographie, die Geschichte, die territorialen Grenzen, und letztlich das Schicksal selbst entschieden, daß Rußland ein europäisches Land ist. Dies wurde von allen bestehenden europäischen Strukturen anerkannt: Rußland ist ein Mitglied des Europarats und der OSZE, Rußland wird zudem in weitere europäische Strukturen integriert werden. Das wichtigste Ziel der Ukraine und Rußlands ist der Beitritt zur Europäischen Union.“⁹⁰ Man könnte es kaum deutlicher formulieren. Diese Ausführungen entsprechen auch einer früheren Äußerung von Außenminister Zlenko: „Unser Weg ist ein europäischer, aber das soll nicht bedeuten, daß wir diesen Weg ohne unseren Nachbarn Rußland beschreiten.“⁹¹

Nichtsdestotrotz ist sich Kiev darüber im klaren, welche globale Bedeutung die Ukraine für die amerikanische Politik hat. Die guten ukrainisch-amerikanischen Beziehungen - insbesondere im sicherheitspolitischen Bereich - werden daher als ein Gegengewicht wahrgenommen, das die Ukraine vor einem Rückfall in die politische Abhängigkeit von

⁹⁰ <http://www.part.org.ua>.

⁹¹ Zerkalo Nedely 13/2001.

Rußland bewahren soll. Daß diese Konzeption realitätsnah ist und sehr wohl an die in den USA existierenden Ideen anknüpft, bestätigen Analysen amerikanischer Wissenschaftler: „Eine gewisse Hilfestellung seitens des Westens ist notwendig, damit die Ukraine ihre Beziehungen mit dem großen Nachbarn im Gleichgewicht halten kann. Denn eine klare Option Kiews im Osten ohne starke Bindungen mit dem Westen würde bewirken, daß sowohl Rußland als auch die Ukraine aus Europa verdrängt würden. [...] Ohne westliches Engagement in der Ukraine gäbe es auch nicht genügend Unterstützung für stabile ukrainisch-rußländische Beziehungen.“⁹²

Wenn auf der anderen Seite Rußland seine pragmatischen Interessen im Bereich der Sicherheit und der Wirtschaft im GUS-Raum verfolgen wird, ist ein Modell der „asymmetrischen Partnerschaft“ zwischen der Ukraine und Rußland durchaus wahrscheinlich. Sollte es aber zur Wiederaufnahme einer neoimperialen Politik in Rußland kommen, bräche das partnerschaftliche Modell zwischen den beiden Staaten zusammen. Dies ist allerdings wenig wahrscheinlich, da eine solche Partnerschaft sowohl das internationale Ansehen des ukrainischen Staates als auch Rußlands eindeutig verbessern würde. Inwiefern diese Partnerschaft asymmetrisch wird und welchen Grad einer realen Unabhängigkeit die Ukraine bewahren kann, bleibt offen und ist abhängig von mehreren Faktoren, u.a. von der Politik der Vereinigten Staaten und dem Ausmaß der informellen Verbindungen zwischen den ukrainischen und den rußländischen Eliten.⁹³

Für die nächsten Jahre wird die Ukraine sicherlich in mehreren Bereichen mit Rußland verbunden und bis zu einem gewissen Grad von Rußland abhängig sein. Von zentraler Bedeutung bleibt dabei, inwiefern die unvermeidbare wirtschaftliche Abhängigkeit der Ukraine auch die politischen Entscheidungen, die in Kiev getroffen werden, beeinflussen wird. Heute scheint dieser Einfluß trotz aller informellen Verbindungen zwischen den wirtschaftlichen Eliten beider Länder und der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Ukraine von Rußland nicht übermäßig groß zu sein. In der Zukunft kann dieser Einfluß sinken oder steigen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß die eventuelle Zunahme des rußländischen Einflusses auf die Ukraine jemals zu einem gänzlichen Verlust der Fähigkeit Kiews, eigenständige politische Entscheidungen zu treffen, führen könnte.

⁹² Garnett 2000 (FN 31).

⁹³ Dieses Thema wurde in der Studie nicht behandelt, da entsprechende glaubwürdige Quellen fehlen. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß viele Verbindungen unterschiedlicher Art zwischen den Eliten beider Staaten bestehen. Sie sind sowohl ein Erbe der organisatorischen Verbindungen aus der ehemaligen Sowjetunion als auch ein Ergebnis der Entstehung der neuen wirtschaftlichen Strukturen, an denen sich zahlreiche Mitglieder aus den Reihen der politischen Entscheidungsträger in den beiden Staaten beteiligten. Dies hat keinen unwichtigen Einfluß auf die Haltung der ukrainischen politischen und wirtschaftlichen Eliten zu Rußland auf der einen Seite und den westlichen Staaten auf der anderen.

Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), Lit Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-8947-3831-6
- Band 2 Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Lit Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-X
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, Lit Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-X
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-X
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, Lit Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, Lit Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, Lit Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord!“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine
- 27/2002 Margarita M. Balmaceda, EU Energy Policy and Future European Energy Markets: Consequences for the Central and East European States
- 28/2002 Tadeusz Olszański, Die Ukraine und Rußland: Von der Desintegration zur Reintegration?